

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten

63. Sitzung
26. April 2021

Beginn: 15.00 Uhr
Schluss: 18.10 Uhr
Vorsitz: Sabine Bangert (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0200](#)
Aktuelle pandemiebedingte Entwicklungen in der Kult
Berliner Kulturlandschaft
(auf Antrag aller Fraktionen)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0183](#)
Situation und Entwicklung der Berliner Kult
Musikschulen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0024](#)
Diversitätsentwicklung und kulturelle
Bildungsarbeit an den Berliner Kultureinrichtungen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) Kult

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 10. Februar 2020

- c) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0153](#)
Drucksache 18/1883 Neu Kult
Aktuelle Situation der bezirklichen Kulturarbeit
3. Bericht im neuen Format
Drucksachen 17/1045, 17/1111, 17/1816, 17/3164,
18/1334, 18/1505 und 18/1712
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung des Wortprotokolls vom 2. Dezember 2019

- d) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0227](#)
Drucksache 18/3455 Kult
Aktuelle Situation der bezirklichen Kulturarbeit
4. Bericht im neuen Format
Drucksachen 17/1045, 17/1111, 17/1816, 17/3164,
18/1334, 18/1505, 18/1712, 18/1883 Neu und 18/3287
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Vorsitzende Sabine Bangert: Ein Hinweis zum Verfahren: Ich schlage Ihnen vor, die Punkte 3 a) bis d) in der Aussprache zu verbinden, die Anhörung findet allerdings nur zu Punkt 3 a) statt. Hierzu möchte ich jetzt sehr herzlich unsere Gäste begrüßen, wie immer in alphabetischer Reihenfolge. Ich begrüße Chris Berghäuser, den Vorsitzenden des Bündnisses zur Förderung der öffentlichen Berliner Musikschulen e. V. und Leiter der Musikschule Pankow. Ein herzliches Willkommen in unserem Ausschuss, Herr Berghäuser! Ich begrüße Annette Breitsprecher, die neben vielen anderen einschlägigen Tätigkeiten Mitglied im Berliner Musikschulbeirat ist und an den Musikschulen Mitte und Pankow unterrichtet. Frau Breitsprecher nimmt für Ina Finger, Präsidiumsmitglied des Landesmusikrats teil, die leider heute verhindert ist. Also Frau Breitsprecher ist heute als Vertretung des Landesmusikrats bei uns. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! Last but not least begrüße ich Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt, Leiter der Abteilung Bildung, Kultur und Soziales beim Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen im Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Ich sehe Nicken. Dann verfahren so. Auch wenn wir unsere Anhörung nur zu Punkt 3 a) durchführen, möchte ich vorschlagen, dass auch der Besprechungsbedarf der übrigen Punkte, die später in die verbundene Aussprache einfließen können, bereits an dieser Stelle begründet wird. Die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 a) bis d) erfolgt durch Frau Kittler für die Koalition. – Bitte schön, Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Vielen Dank! – Ich glaube, dass wir uns hier alle einig sind, dass die Leistungen der bezirklichen Kulturarbeit in Qualität und Quantität bemerkenswert sind, und aus diesem Grunde sollten wir uns auch hier sehr intensiv damit beschäftigen, heute mit dem Schwerpunkt Musikschulen, die ja immerhin bei 3,8 Millionen Einwohnern rund 60 000 Musikschülerinnen und Musikschüler beherbergen. Ich habe mal die Zahlen aus der aktuellen Statistik rausgesucht: Allein bei den Vorschulkindern haben wir hier 13 000, bei den Schülerinnen und Schülern 30 000 und bei den Senioren immerhin 1 800 Musikschülerinnen und Musikschüler zu verzeichnen. Ich glaube, dass die Anzuhörenden auf die Probleme, aber auch die Erfolge, die die Musikschulen zu verzeichnen haben, selber eingehen können. Dazu muss ich jetzt nichts sagen, außer dass wir das alle sehr bemerkenswert finden und auch achten.

Wir haben es verbunden mit den umfangreichen Werken zur aktuellen Situation der bezirklichen Kulturarbeit, also dem 3. und dem 4. Bericht. Ich denke, schwerpunktmäßig wird sicherlich der 4. Bericht heute eine Rolle spielen, der uns durch die Senatsverwaltung vorgelegt wurde. Vielen Dank dafür! Hier muss man sich natürlich damit beschäftigen, welche vielfältigen Angebote die Bezirke haben. Museen, Galerien, Musikschulen habe ich schon erwähnt, das Chorsingen, die Bibliotheken, Jugendkunstschulen. Man könnte das fortsetzen, ich möchte jetzt keinen vergessen. Dazu wird sicherlich auch der Senat noch ein bisschen mehr sagen. Wir wissen alle, dass wir hier ziemliche Herausforderungen zu meistern haben, was die Personalfragen, die Finanzierung, die Infrastrukturentwicklung und die digitale Entwicklung angeht, und dass wir hier im Abgeordnetenhaus mit dem letzten Doppelhaushalt, aber auch schon mit dem davor Grundlagen geschaffen haben, die eine Verbesserung der bezirklichen Kulturarbeit ermöglichen, und zwar sowohl im Einzelplan 8 als auch im Einzelplan 10. Wir haben hier auch – ich finde, einmalig – eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen zwei Senatsverwaltungen in dem Bereich feststellen können.

Was die Diversitätsentwicklung angeht, so hatten wir dazu eine Anhörung. Darauf können wir sicherlich nachher in unseren Einzelbeiträgen eingehen, denn die muss ja – in Anführungsstrichen – nur ausgewertet werden.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Kittler! – Wir wollen der Anhörung nicht vorgreifen, aber es gibt, bevor wir zur Anhörung kommen, noch eine einleitende Stellungnahme von Herrn Staatssekretär Dr. Wöhlert zur aktuellen Situation der bezirklichen Kulturarbeit, und zwar zum 4. Bericht. – Herr Staatssekretär Wöhlert, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will das jetzt nicht allzu lang und breit ausführen. Der Bericht hat 360 Seiten und ist die Lektüre wert. Es ist eine Berichtsstruktur, die seit 2012 existiert und an der wir mit dem Jahresbericht für 2018/2019, also diesem 4. Bericht anschließen. Neu daran ist vor allen Dingen, dass jetzt die Bibliotheken vollumfänglich miterfasst sind, und seit 2017 haben wir im Bereich der Musik- und Jugendkunstschulen eine Ressortverantwortung, was sich dann auch in diesen Berichten widerspiegelt.

Wenn man das liest, dann wird man auf der einen Seite sehen, was sich in den letzten vier Jahren auf diesem Gebiet getan hat. Man wird merken, dass der kulturpolitische Schwerpunkt, den diese Koalition auf bezirkliche Kultur gelegt hat, von Beginn an Wirkung zeigt, Auswirkungen hat in fast allen Bereichen, aber – und dafür ist dieser Bericht auch da – man sieht auch ganz deutlich, wo es noch weiterer Anstrengungen bedarf, wo man der Entwicklung der

letzten 25 Jahre mit ihren Sparmaßnahmen durchaus weiterhin Tribut zollt und wo wir in den einzelnen Bereichen noch längst nicht so gut sind, wie wir sein sollten oder auch sein könnten.

Der Kern des Berichtes sind auf Plausibilität geprüfte Abfrageraster, und zwar jeweils in den Fachbereichen Kultur bzw. Kultur- und Regionalgeschichte, Musikschulen, Jugendkunstschulen und bezirkliche Bibliotheken. Dies ist, wie gesagt, seit 2018/2019 neu und das ohne die Zentral- und Landesbibliothek, aber durchaus mit Links und Verlinkungen zu dem, was der VÖBB selber an Berichten in den Jahren 2018/19 herausgegeben hat. Wir fragen nach Organisation, nach Finanzierung und Finanzen, nach Haushaltsmitteln und Drittmitteln, wir fragen nach Personal, nach inhaltlichen Herausforderungen, nach Profilen und den Beschaffenheiten des jeweiligen Angebotes, und wir fragen nach Infrastruktur und der Immobiliensituation, der Auslastung von Gebäuden und der Existenz oder Nichtexistenz von Räumen.

Wenn Sie sich nicht den ganzen Bericht in seiner vollen Schönheit antun wollen oder können, dann sei verraten, dass die Kernbotschaften des Berichtes im Abschnitt 3 zusammengefasst sind und das in mehreren Punkten. Punkt 1 ist Personal. Da spiegelt sich auf der einen Seite der massive Stellenabbau der letzten Jahre, der bis 2016 vonstattengegangen ist, deutlich wider. Es spiegelt sich das wider, was wir sicherlich nachher bei der Anhörung der Musikschulen noch sehen und hören werden, dass also festangestelltes Personal hier angewachsen ist. Man sieht deutlich, dass es in den Jugendkunstschulen kaum festangestelltes Personal gibt, dass sie es also vor allen Dingen entweder über Honorarkräfte oder über mit Halbtagsstellen dorthin abgeordnete Lehrerinnen und Lehrer bewältigen und es auch nicht in allen Jugendkunstschulen wenigstens diese halbe Verwaltungsstelle gibt, die zumindest von der finanziellen Ausstattung her möglich sein könnte.

Im Abschnitt 2 geht es vor allen Dingen um Räume und Gebäude. Also wer bezweifelt, dass wir einen Investitionsstau im Bereich Kulturimmobilien haben, der sollte das gründlich lesen, und er wird eines Besseren belehrt. Es wird ausgewiesen, wo zusätzliche Raum- und Flächenbedarfe sind. Es wird deutlich, dass es hier auch in der Ausstattung einen Modernisierungstau gibt, dass die Orte in den seltensten Fällen barrierefrei sind. Man guckt aber auch hin: Wo sind Potenziale und Herausforderungen von Mehrfachnutzungen eines Ortes? –, sei es über den Tag verteilt, Vormittag, Nachmittag, oder dann eben auch in den Abendstunden für ganz andere Zwecke.

Ausgewiesen sind Sonderprogramme, die der Senat gestartet hat. Sie werden an verschiedenen Stellen merken, dass die Senatskulturverwaltung hier die Akquise von SIWANA- und SIWA-Mitteln sehr intensiv genutzt hat, um in die bezirkliche Infrastruktur zu investieren. Das gilt für Musikschulen und Bibliotheken, für das Thema Digitalisierung, aber wenn man sich diesem Problem systematisch widmen wollte und sollte, dann kommt man über kurz oder lang an einem umfassenden Investitionsprogramm nicht vorbei. Was sich als Aufgabe für die nächste Legislatur stellt und was wir zumindest methodisch schon an verschiedenen Stellen vorbereitet haben, ist ein qualifizierter Gebäude- oder Immobilienscan in den Bezirken, unter Umständen als Vorstufe für ein entsprechendes Kataster, Kulturraumkataster, das man dann von mehreren Seiten aus, über das Kulturraumbüro oder einen solchen Scan, bestücken könnte.

Der Abschnitt 3 widmet sich dem Thema Teilhabe. Da merkt man beim Lesen, dass das eine Aufgabe ist, die auch in der vorherigen, vorvorherigen Legislatur durchaus angegangen wurde. Hier gibt es durchaus Erfolgsmeldungen. Die Entgeltbefreiung von Kindern und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr in Bibliotheken und der inzwischen auch schon über zehn Jahre alte Projektfonds Kulturelle Bildung finden hier Erwähnung. Etwas, was wir neu aufgelegt haben, ist diese ganze Teilhabeforschung. Das war, glaube ich, in der letzten oder vorletzten Ausschusssitzung ausführlich Thema. Das kann ich mir jetzt hier auch sparen.

Abschnitt 4, digitale Angebote und Vermittlungen: Hier werden Sie vor allen Dingen sehen, wo es noch überall fehlt. Das ist als Herausforderung beschrieben. Zu unserer Entlastung oder zur ganzen Wahrheit gehört auch, dass wir einiges an Mitteln in diesen Bereich investiert haben, geschoben haben, aber die Frage ist schon: Wird das irgendwann Teil einer Globalsumme des Bezirkes und bekommt damit eine Verstetigung, oder wie lange können diese Bereiche noch so entwickelt werden, wie sie jetzt entwickelt werden, indem es einfach zusätzliche Gelder vonseiten des Senats gibt? Das ist methodisch und kulturpolitisch sicherlich eine Schlüsselfrage auch für die nächsten Legislaturen.

Abschnitt 5 beschäftigt sich mit kultureller Bildung und Kooperationen. Dazu habe ich bereits etwas gesagt.

Der 6. Abschnitt, also Punkt 3.6, Angebotsumfang und Angebotsstruktur, hier – und das ist eigentlich auch nicht neu, aber man kann es an der Stelle nicht oft genug sagen, und damit will ich dann auch schließen – die Rolle der Kosten- und Leistungsrechnung in den Bezirken. Man sieht das an dem Bericht relativ gut, die KLR hat schon was für sich. Man kann ziemlich genau sehen, wo was ist und wo was nicht ist, und man kann dann auch fragen: Warum ist das da, und warum ist das dort nicht? – Was nicht oder nur eingeschränkt funktioniert, ist die darauf aufsetzende Budgetierung. Es fängt damit an, dass es Produkte gibt, die man nicht abbilden kann. Das war so im Bereich darstellende Kunst. Wenn man in diesem Produkt tatsächlich nur die Vorstellungen zählt und der Probenprozess davor und die Prozesse, die sich nach einer solchen Vorstellung abbilden müssten, nicht abgebildet sind, dann ist dieses Produkt „darstellende Kunst“ schlichtweg nicht darstellbar.

Da könnte man sagen, ist nicht schlimm, aber wenn man in die Bezirke guckt, dann versteht man, warum es so wenige Spielstätten gibt, die von den Bezirken allein betrieben werden, nämlich weil es sich einfach nicht rechnet. Man wird bestraft dafür in der KLR. Das kann man wollen oder nicht wollen und in Kauf nehmen. Das heißt dann aber auf Deutsch, dass an der Stelle der Senat nachsteuern muss, der diesen Regelungen der KLR nicht unterliegt. Das haben wir zumindest kulturpolitisch in den letzten Jahren in Form von direkter Immobilienförderung oder Übernahme von Immobilien oder aber mit Sondermitteln gemacht. Darauf kann man sich verständigen, das ist besser als nichts, systematisch ist es nicht unbedingt.

Der letzte Satz: Sich im Kulturbereich auf eine Budgetierung zu verständigen, die die KLR nicht abschafft, weil sie wirklich ein Instrument ist, um sich Überblicke zu verschaffen und Kosten vergleichen zu können, sich aber ein Instrumentarium zu überlegen, wie man in dieser zweigliedrigen Berliner Verwaltung dann Budgets auf Bezirksebene aufstellt und so aufstellt, dass auch Wachstum möglich ist im kulturellen Bereich, und nicht mit Medianen zu arbeiten, die im Prinzip das Niveau nach unten mendeln, das ist nach wie vor eine Herausforderung. – So weit!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Wöhlert! – Dann kommen wir zu unseren Gästen. Sie wissen, vorab wurden mit Ihnen fünf Minuten vereinbart, weil wir dann natürlich noch viele Fragen an Sie haben. Ich denke, das Thema wird auch viele Fragen produzieren. Hier verfahren wir jetzt in umgekehrter alphabetischer Reihenfolge, und Herr Bezirksstadtrat Steuckardt hat als Erster das Wort. – Bitte schön, Herr Steuckardt!

Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt (BA Tempelhof-Schöneberg) [zugeschaltet]: Haben Sie ganz herzlichen Dank, dass Sie mir die Möglichkeit geben, hier auszuführen und die Situation der Berliner Musikschulen aus Sicht meines Bezirks, Tempelhof-Schöneberg, darzustellen. Mir zur Seite sitzt Ulrike Philippi, die Sprecherin der Berliner Musikschulleitungen und die Musikschulleitung des Bezirks Tempelhof-Schöneberg. Auch sie steht Ihnen dann gern für Nachfragen zur Verfügung. Ich habe meinen Vortrag in zwei Punkte gegliedert. Der erste ist Räume, Räume, Räume, der zweite ist die AV Honorare.

Lassen Sie mich zu den Räumen ausführen! Die Ausstattung mit Fachräumen für die Musikschulen ist in den Bezirken sehr unterschiedlich. Von gut ausgestatteten großen Musikschulhäusern über kleine Raumverbände, Schulraumnachnutzung bis hin zu Unterricht in Privaträumen ist eigentlich alles vertreten. In Tempelhof-Schöneberg haben wir das Ziel, die Nutzung von Privaträumen möglichst zu unterlassen oder auslaufen zu lassen. Derzeit sind wir dafür aber leider insbesondere auf die Nachnutzung von Schulräumen angewiesen, und das bereitet uns große Probleme. Die steigende Schülerinnen- und Schülerzahl und eine noch nicht bekannte Zahl von freiwilligen Sitzbleibern verschärfen die seit Einführung der Ganztagschule ohnehin bestehenden Konflikte um die Nachnutzung von Schulräumen. Hier ist aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf gegeben. Es fehlt eine klare politische Vorgabe für ein planvolles Schaffen von Räumen für die bezirklichen Musikschulen.

Im Sinne einer Soforthilfe wäre es sinnvoll, vernünftige Nachnutzungsvereinbarungen mit Vorrang für bezirkliche Institutionen und ein Nachnutzungsrecht von Schulräumen und Schulgebäuden für Musikschulen zu begründen. Das könnte beispielsweise in einem Musikschulgesetz geschehen, aber es könnte auch in einem übergreifenden Gesetz festgeschrieben werden, beispielsweise ein Kulturförderungsgesetz oder ein Kulturgesetzbuch. Die Grundlagen, auf die man sich beziehen könnte in einem solchem Gesetz, in einer solchen Festschreibung, sind gelegt. Es ist beispielsweise das SIKO-Raumkonzept der AG Musikschulleitungen zur Integration von Fachraumverbänden mit genauen Kennzahlen. Das ist seit 2018 fertiggestellt, liegt auf Bezirks- wie auf Senatsebene vor und wartet auf seine Umsetzung.

Die Musikschulen könnten ebenso in die Schulbauoffensive integriert werden. Ich denke da insbesondere an das HOWOGE-Modell. In diesem Modell werden derzeit insbesondere Schulen umgesetzt. Das gilt aus meiner Sicht für die Planung solcher Schulbauvorhaben. Wenn man von Anfang an eine Nachnutzung mitdenkt, ist diese später besser zu realisieren. Denken Sie beispielsweise an Schallschutz, der eingebaut werden könnte, denken Sie aber auch an Lagerräume für Instrumente oder aber auch an eine Positionierung der Räume so, dass sie von dem übrigen Gebäude besser abgetrennt werden können. Aber das gilt auch insbesondere für die Finanzierung. Für die Schulen selbst steht eine Finanzierung im Rahmen des HOWOGE-Modells zur Verfügung. Etwas Ähnliches wäre auch für Musikschulen – Volkshochschulen seien an der Stelle auch genannt – durchaus wünschenswert. Insbesondere ist es hierfür erforderlich, dass die Prozesse besser miteinander verzahnt werden, dass wir überhaupt voneinander erfahren. Aktuell ist es nicht unbedingt so, dass die Musikschule mitbekommt, wenn eine

neue Schule geplant wird, oder das mit ausreichend Vorlauf mitbekommt, um entsprechend Bedarfe anzumelden. Wenn es geschieht – so ist es uns leider gegangen –, dann war es am Ende zu spät, um es zu realisieren.

Zu bedenken ist auch die personelle Situation der FM-Abteilungen in den Bezirken. Sogar dann, wenn wir Investitionsmittel zur Verfügung haben, ist es leider im Rahmen der Prioritätensetzung so, dass die Musikschulen, kulturelle Einrichtungen insgesamt, viel zu oft hinten runterfallen, weil andere Vorhaben mit Priorität vorangetrieben werden und vorangetrieben werden müssen. Deswegen wäre auch hier die Nennung von beispielsweise Musikunterricht als gesetzliche Grundaufgabe im Rahmen eines Gesetzes wünschenswert und würde es erleichtern, dass man solche Umsetzungen von ohnehin geplanten Vorhaben auch wirklich mit Nachdruck einfordern kann. Denkbar wäre aus meiner Sicht auch eine Art HOWOGE-Modell für kulturelle Räume.

Zweiter Punkt, die AV Honorare.

Vorsitzende Sabine Bangert: Herr Steuckardt! Darf ich Sie zwischenzeitlich daran erinnern, dass Ihre fünf Minuten schon um sind. Aber bringen Sie den zweiten Punkt noch!

Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt (BA Tempelhof-Schöneberg) [zugeschaltet]: Ich habe mich extra kurzgefasst. Ich mache es ganz schnell, wenn ich darf.

Vorsitzende Sabine Bangert: Die Zeit vergeht viel schneller, als Sie sich kurzfassen können! Aber, bitte, zweiter Punkt!

Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt (BA Tempelhof-Schöneberg) [zugeschaltet]: Ganz schnell! Zweiter Punkt, AV Honorare: Es ist für die Musikschulleitungen ein ganz wichtiger Punkt, dass ich hier einen Dank ausrichte dafür, dass ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat. Der Paradigmenwechsel – das hat Herr Staatssekretär Wöhlert gerade auch ausgeführt – hat damit zu tun, dass die Zuordnung sich geändert hat von der Senatsverwaltung für Schule hin zu Bildung und Kultur. Das hat einfach noch mal die Bedeutung der Musikschulen unterstrichen, und sie fühlen sich wesentlich ernster genommen und wesentlich mehr beachtet. Dafür ganz herzlichen Dank! Danke auch für die Honorarerhöhung!

Was jetzt noch fehlt, ist die neue AV Musikschulhonorare. Die aktuelle Fassung des Entwurfs ist ein tragbarer Kompromiss und geht momentan in die Gremienberatung. Es ist zu begrüßen, dass die Kulturverwaltung hartnäckig dieses lange Zeit unerledigte Thema verfolgt hat. Nun steht aber auch eine AV Musikschulentgelte an. Nachdem man die Lehrerseite bedacht hat, muss man jetzt auch an die Schüler und Eltern denken. Trotzdem noch mal kurz zur AV Honorare: Es wäre schön, wenn ein Ausfallhonorar für die sehr kleine Gruppe schwer erkrankter Lehrkräfte geschaffen würde, um die Lücke zur Zahlung durch die Künstlersozialkasse zu schließen. Die Kosten hierfür dürften überschaubar sein. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Ich danke Ihnen, Herr Steuckardt! – Uns ist schon bewusst, dass es eine enorme Herausforderung ist, das Thema Musikschulen und auch die ganzen Probleme in fünf Minuten abzuhandeln. Nichtsdestotrotz, Frau Breitsprecher, haben Sie das Wort. Versuchen Sie, im Rahmen zu bleiben! Ich werde ihn allerdings jetzt nach dem Beitrag von Herrn Steuckardt großzügig auslegen.

Annette Breitsprecher (Mitglied Berliner Musikschulbeirat) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für die Gelegenheit, hier sprechen zu dürfen! Ich bitte um Verständnis, dass ich, gerade auch wegen des Timings und weil ich Schwierigkeiten habe, digital Zug aufzunehmen, einfach ablese. Nehmen Sie es mir nicht übel! Dann kann ich es, glaube ich, gut durchziehen.

Auch ich möchte zunächst danken für den Paradigmenwechsel im Umgang mit den Musikschulen, der in dieser Legislaturperiode erkennbar geworden ist. Nach jahrzehntelangem Raubbau ist mit dem Aufbau von festen Stellen und der Erhöhung von Honoraren für die freien Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ein Richtungswechsel eingeleitet worden, der zeigt, dass die Musikschulen als Institutionen kultureller Bildung inzwischen ernst genommen werden. Das wissen wir sehr zu schätzen. Von daher empfinde ich es als eine traurige Ironie des Schicksals, dass ich heute angesichts der durch die Pandemie entstandenen Situation fürchterlich viel klagen muss, aber mein Part heute ist es, über diese Situation zu sprechen.

Wie ist die Situation? – Die Musikschullehrerinnen und -lehrer haben sehr engagiert neue digitale Unterrichtskonzeptionen erdacht, erprobt und weiterentwickelt, damit es überhaupt weiter ein Musikschulangebot gibt und um auch individuell natürlich die Kontakte zu den Schülerinnen und Schülern nicht abreißen zu lassen und sie dann am Ende nicht zu verlieren. Dabei arbeiten sie mehrheitlich von zu Hause aus, und die notwendigen technischen Ausstattungen für diese Arbeit mussten, so sie nicht schon vorhanden waren, von den Honorarkräften in der Regel auf eigene Kosten angeschafft werden.

Davon gibt es Ausnahmen. Teils wurde in kleinem Umfang auch ermöglicht, aus den Musikschulen heraus zu unterrichten, und es wurden vereinzelt auch Leihgeräte zur Verfügung gestellt und solche guten Dinge, aber das gilt jetzt nicht flächendeckend. Also es war schon so, dass viele sehr auf sich allein gestellt waren.

Bei diesem digitalen Großversuch haben viele – und da schließe ich mich selber ausdrücklich ein – auch viel dazugelernt, sodass man vielleicht schon von so etwas wie einem gewissen Kollateralgewinn sprechen kann, aber wir haben vor allem gelernt, dass digitale Formate eine gangbare Möglichkeit der Überbrückung sind, aber keinesfalls ein adäquater Ersatz für den Präsenzunterricht, und auch als Überbrückung taugen sie nicht für alle Arbeitsbereiche. Zudem setzt Überbrückung voraus, dass man ein Gefühl dafür hat, was überbrückt werden muss, und wenn die Ufer zu weit auseinanderliegen, funktioniert sie nicht mehr. Digital ist kurz- und vielleicht auch mittelfristig ein Weg, jedenfalls für einige Bereiche, aber für die Langstrecke taugt es nicht. Musizieren ist eine ungeheuer körperliche Angelegenheit. Schwingung ist etwas, was sich physisch überträgt. Hören geschieht räumlich. Metrum hat extrem viel mit Körperspannung zu tun. In der Instrumental- und Gesangspädagogik vermittelt sich vieles, wenn nicht das meiste, auf anderen Wegen als rein kognitiv. Eine Schlüsselrolle hat dabei das gemeinsame Musizieren, und gerade gemeinsam musizieren geht digital so gut wie überhaupt nicht wegen der Latenzen.

Wir sind also angewiesen auf Präsenz, in besonderem Maße bei Prüfungs- und Wettbewerbsvorbereitung – da gibt es mittlerweile zum Glück schon die Ausnahmeregelung –, aber ebenso für den gesamten Elementarbereich und umso mehr, je jünger die Schülerinnen und Schüler sind. Stampfen und Schleichen in der Früherziehung oder Obertonverzauberung in der ersten Klavierstunde, das geht nicht digital. Deshalb haben wir mittlerweile, nach über vier Monaten ohne echten Unterricht mit ganz starken Motivationsverlusten und Ermüdungserscheinungen auf allen Seiten zu kämpfen. Viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich sehr ausgelaugt, und zu viele Schülerinnen und Schüler kündigen. Auffüllen ist kaum möglich, was sinkende Auslastungen und damit bei den immer noch überwiegend Freien auch sinkende Einkommen zur Folge hat.

Schwer auszuhalten ist auch die eindeutige Nachrangigkeit im Vergleich zu allgemeinbildenden Schulen mit der sicherlich nicht intendierten Signalwirkung: Dieses Freizeitvergnügen hat keine Dringlichkeit. – Nun ist die hierdurch verursachte Diskrepanz zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung in Bezug auf den Wert musikpädagogischer Arbeit nicht wirklich neu, aber die extreme Deutlichkeit, mit der sie momentan zutage tritt, hat doch etwas Erschreckendes, zumal ja in anderen Bundesländern und allen voran auch vor der Haustür in Brandenburg Präsenzunterricht stattfindet – im Einzelunterricht und in Kleingruppen und Ensembles mit bis zu fünf Personen, mit Ausnahme – Beispiel Brandenburg – von Bläsern und Sängern wegen der da erhöhten Gefahr durch die Aerosole.

Deshalb votieren wir ganz stark dafür, dass wir ab sofort das Synchronitätsprinzip gelten lassen. Die Berliner Musikschulen müssen ganz einfach und übersichtlich synchron zu den allgemeinbildenden Schulen behandelt werden, was Öffnungen und Schließungen und auch die Test- und Impfstrategie angeht. Wenn wenigstens zwischendurch wieder Präsenz möglich ist, bekommt auch der Begriff der Überbrückung wieder einen Sinn, und man muss auch nach außen den Eltern nicht mehr kommunizieren, dass man leider überhaupt nicht weiß, ob und unter welchen Umständen es weitergeht, sondern man kann sehr einfach und plausibel auf

diese Synchronität verweisen, die ja auch sonst immer galt: Wenn Schule ist, ist auch Musikschule, wenn keine Schule ist, ist keine Musikschule. Auch die Frage der Wertigkeit ist damit angemessen beantwortet. Es handelt sich um musikalische Bildung, nicht um ein Freizeitvergnügen, auch oder vielleicht gerade dann, wenn es Freude macht und Nahrung für die Seele ist.

Zu guter Letzt: Diese Sache mit der Wertigkeit gilt nicht nur für die Pandemie selbst, sondern unbedingt auch für die Zeit danach, und die bedarfsgerechte Versorgung mit Musikschulunterricht muss unbedingt weiter gewährleistet sein. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Das war vorbildlich, Frau Breitsprecher, in ein bisschen mehr als fünf Minuten! – Herr Berghäuser hat das Wort. Bitte schön!

Chris Berghäuser (Vorsitzender des Bündnisses zur Förderung der öffentlichen Berliner Musikschulen e. V.; Leiter Musikschule Pankow) [zugeschaltet]: Das war eine gute Vorlage. – Vielen Dank an Sie alle für die Einladung und dafür, dass wir die Gelegenheit haben, hier den Stand der Musikschulen des letzten Jahres darzustellen. Sie werden merken, dass wir uns die Themen etwas aufgeteilt haben, Überschneidungen gibt es dennoch.

Diese außerordentliche Honorarerhöhung um 15 Prozent im letzten Jahr zum August war ein sehr wichtiges Zeichen in die Musikschullandschaft, dass auch die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier einen sehr unterstützenswerten Platz haben. Dann gab es zum 1. Januar 2021 noch mal eine politisch vorangetriebene Unterstützung für eine Honorarerhöhung im Bereich der Fächer der musikalischen Früherziehung. Auch dies ist ein enormes Zeichen für die Wertschätzung dieser Unterrichtsbereiche. Auch wenn die jetzt gerade etwas in die Ausfallunterrichtseinheiten fallen, sind sie doch umso wichtiger für die gesamte Musikschularbeit. Deswegen ist diese politische und finanzielle Unterstützung durch die Koalition für uns ein sehr großer Gewinn. Dafür noch mal ein herzliches Dankeschön!

Es gab jetzt in diesem laufenden Doppelhaushalt eine 25-Prozent-Erhöhung des Anteils der Festangestellten, er wurde also von 20 auf 25 Prozent erhöht. Hierbei gab es das erste Mal eine fachliche Vorgabe durch die Senatsverwaltung an die Bezirke, vor allen Dingen das pädagogische Management hier zu priorisieren, das heißt, die Besetzung von Standortleitungen und stellvertretenden Musikschulleitungen. Das ist ein enorm wichtiger Schritt gewesen, weil wir in den vergangenen Jahren die Erfahrung gemacht haben, dass der Föderalismus – so nenne ich ihn mal – in den Bezirken dazu führt, dass dann eben doch die Ausstattung wieder sehr unterschiedlich ist, was wieder zu Verzerrungen im Budgetierungssystem führt. Das kennen wir schon seit sehr vielen Jahren.

Diese Erhöhung hilft sehr stark, hier auf Augenhöhe agieren zu können, aber man muss dazu sagen, dass es immer noch Ängste und Verunsicherungen bezüglich der Verstetigung der Mittel gibt, gerade was auch – ich nenne es mal – Gerüchte über Einsparnotwendigkeiten für den nächsten Doppelhaushalt angeht. Da ist es von enormer Wichtigkeit, dass diese jetzt zusätzlich in die Bezirke gesteckten Mittel für die Musikschulen auch verstetigt werden. Das wäre an sich auch gar nicht das große Problem, gäbe es nicht die starken Verzögerungen, wenn solche Systeme eingeführt werden. Das heißt, für uns ist es wichtig, dass, wenn es solch ein Programm gibt, diese 25 Prozent Festanstellungen ab 1. Januar eines Jahres durch das ganze

Jahr laufen. Dann wären die Mittel im System und würden dann auch in der Budgetierung des übernächsten Jahres wieder Berücksichtigung finden können.

Es dauert aber sehr lange, bis sich die Bezirke entsprechend abstimmen können, das ist einfach systemimmanent und gar nicht zu ändern, wenn man die Systematik beibehält. Bis also alle Bezirke erst mal eine Abstimmung finden: Wie werden diese Mittel ganz konkret verteilt? Welche Stellen werden daraus entstehen? Sind damit alle einverstanden? –, vergeht schon mal knapp ein halbes Jahr. Das war beim 20-Prozent-Programm ebenso der Fall. Das heißt also, dass auch im letzten Jahr und selbst in diesem Jahr gar nicht die Mittel in die Bezirke fließen können, so wie es eigentlich gedacht war, und demzufolge für die Budgetierung der Folgejahre auch wieder Lücken entstehen.

Also hier ist es sehr wichtig, dass wir für den kommenden Doppelhaushalt ein verschärftes Auge darauf haben, dass das in den Globalsummen Berücksichtigung findet trotz der Coronasituation, denn sonst würde man das, was man jetzt geschaffen hat, auf der anderen Seite wieder einreißen, und es wäre für lange Zeit verloren. Wir hoffen natürlich auf einen weiteren Aufbau, denn der Weg ist richtig. Dr. Wöhlert hat es vorhin erwähnt in seinem Bericht über die bezirkliche Kulturarbeit. Auch 25 Prozent sind ein großartiges Ziel, das erreicht worden ist, aber das kann noch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Das wissen, glaube ich, alle Beteiligten.

Wir haben weiterhin einen Nachwuchskrätemangel, der sich ja in vielen Berufsgruppen breitgemacht hat und zeigt. Es gab jüngst eine Erhebung der Senatsverwaltung zusammen mit dem Berliner Musikschulbeirat und den Musikschulen. Neben vielen anderen Erkenntnissen ist dort deutlich geworden, dass vor allen Dingen die Lehrkräfte im elementaren musikpädagogischen Bereich besonders schwer zu finden sind. Da ist sozusagen der Konkurrenzkampf unter den Bezirken eröffnet, die besten Lehrkräfte gerade für die Basisangebote, für die Kooperation in den Schulen und in den Kitas zu bekommen. Da ist der Ausbildungsbereich sowieso nicht sehr breit aufgestellt, was die Hochschularbeit angeht, aber wir brauchen auch klare Anreize für Lehrkräfte, sich im elementaren musikpädagogischen Bereich aufzustellen und dort aktiver zu werden.

Ich möchte noch ein Beispiel für den vorhin erwähnten Berliner Föderalismus nennen. Das sind die Ausfallhonorare. Wir haben eigentlich eine recht stabile Ausführungsvorschrift für Honorare, nach der die Ausfallhonorare im Fall von Nichtverschulden der Lehrkraft, sondern Verschulden des Arbeitgebers bezahlt werden, und zwar zu 100 Prozent. Das wurde auch schon im letzten Jahr von der einen oder anderen Person immer wieder mal als strittig dargestellt, weil auch das Argument der höheren Gewalt ins Feld geführt worden ist. Das konnte bis heute nicht ausgeräumt werden, wobei doch mehrheitlich schon die Einstellung herrscht, dass ja nicht das Virus selbst den Unterricht ausfallen lässt, sondern Entscheidungen durch den Arbeitgeber, nicht zuletzt auch das Land Berlin, die damit zusammenhängen.

Da gibt es eigentlich eine sehr gute Regelung für die Musikschulkräfte im Land Berlin. Man muss dazusagen, dass 90 Prozent – Annette Breitsprecher hat es bereits deutlich gemacht – des Unterrichts im letzten Jahr online stattgefunden haben. Lediglich die vielen Ensembles und größeren Gruppen und Kurse sind zum Teil umgestellt worden, aber zur letzten Schließung hin konnten nicht alle umgestellt werden, und da ist es sehr wichtig, dass diese Lehrkräfte nicht im Stich gelassen werden, die gerade diese für die Musikschulen so wichtige Ar-

beit erledigen. Also genau an diesem Punkt finden wir die betroffenen Kolleginnen und Kollegen und signalisieren hier: Wir wissen noch nicht genau, ob die Ausfallhonorare vollumfänglich gezahlt werden. – Das wird zum Teil unter Vorbehalte gestellt, aber auch das ist nicht einheitlich überbezirklich geregelt. Da wünschen wir uns ganz klare und klarere Vorgaben vom Land, auch wenn ich weiß, dass das sehr schwierig ist aufgrund der bezirklichen Autonomie. Aber hier gilt es ja auch darzustellen, welche Probleme unter anderem in der täglichen Arbeit für uns damit zusammenhängen und welche großen Zeitverzögerungen und Unklarheiten und damit auch Verunsicherungen es gibt.

Ich möchte noch einen Themenschwerpunkt ansprechen, die Kooperation mit Schulen.

Vorsitzende Sabine Bangert: Aber nicht mehr so wahnsinnig schwer! Sie sind schon weit über die Zeit, deshalb bitte kurz, Herr Berghäuser!

Chris Berghäuser (Vorsitzender des Bündnisses zur Förderung der öffentlichen Berliner Musikschulen e. V.; Leiter Musikschule Pankow) [zugeschaltet]: Eine Minute! – Das war auch im letzten Bericht schon drin, aber ich denke, es gehört auch heute wieder hier rein. Seit 2004 kooperieren die Musikschulen mit den Grundschulen, allerdings immer noch ohne Rahmenkonzepte, die berlinweit aufgestellt sind. Die gibt es schlicht und ergreifend nicht. Es gibt ein sehr gutes, positives Beispiel, das ist die Kooperation mit Sekundarschulen und Ganztagsgymnasien. Dafür gibt es auch Töpfe, die herangezogen werden können. Wenn es auch nicht sehr umfangreich ist, so funktionieren diese Angebote dann aber auch sehr niederschwellig für die Teilnehmenden. Solch ein Konzept wünschen wir uns auch als Erweiterung für die Grundschulen und andere Schulsysteme.

Um solche Sachen zu synchronisieren, kommt noch ein Stichwort mit rein, das für uns sehr wichtig ist: Wir warten dringend auf die Einrichtung der Servicestelle für die übergreifende Arbeit der Musikschulen im Land Berlin. Die ist ja ein Stück weit auf den Weg gebracht, der Partizipationsprozess hat stattgefunden. Jetzt fehlt das Go, und deswegen möchte ich es hier noch mal als ganz dringend erforderlich erwähnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Sabine Bangert: Auch Ihnen vielen herzlichen Dank, Herr Berghäuser! – Dann kommen wir jetzt zur Aussprache. Der Hinweis an unsere Gäste, sofern Sie das nicht ohnehin schon wissen: Wir sammeln die Fragen, und Sie bekommen dann im Anschluss noch mal Zeit, um die Fragen en bloc zu beantworten. – Dann hat Frau Kittler das Wort. – Bitte schön!

Regina Kittler (LINKE): Ich werde versuchen, mich nur zu dem, was wir gerade gehört haben, zu äußern und entsprechende Nachfragen zu stellen. Zum einen würde ich gern wissen, welche Einschätzung der Senat zu den Schwierigkeiten mit der KLR hat. Das ist eben schon ein bisschen angeklungen. Insbesondere in diesem letzten Jahr, im Pandemiejahr haben ja auch viele die Verträge mit der Musikschule gekündigt. Das heißt, wir wissen genau, dass, dann, wenn die Nachfrage sinkt und weniger in den Musikschulen sind, in den Folgejahren die Konsequenz in der Budgetierung zu tragen ist, dass dann also eigentlich weniger Mittel eingestellt werden. Es ist noch dazugekommen, dass dadurch, dass die 25-prozentige Ausstattung mit Festangestellten zum Teil mit Verzögerung erfolgt ist, auch das zwei Jahre später eine Auswirkung auf das zugemessene Budget hat. Inwiefern sehen Sie hier eine Möglichkeit, nachzusteuern? – Die Frage geht natürlich in erster Linie an den Senat, aber vielleicht auch an den Bezirksstadtrat.

Zum zweiten Punkt – es ist jetzt ein bisschen ungeordnet, denn ich folge dem, was Sie gerade vorgetragen haben –: Ich weiß, dass gegenwärtig in den Musikschulen etwa 10 bis 12 Prozent des Unterrichts für die Musikschülerinnen und Musikschüler nicht online stattfinden kann. Das liegt insbesondere daran, dass man nicht latenzfrei digital proben kann. Welche Entwicklungsmöglichkeiten – die Frage geht an alle – sehen Sie hier – es gibt ja durchaus Entwicklungen in der digitalen Welt –, und welche Investitionen wären dafür dann notwendig?

Zu den Kooperationen zwischen Musikschule und Schule: Wenn ich es jetzt richtig verstanden habe, Herr Berghäuser, besteht hier insbesondere ein Problem im Zusammenhang mit den Grundschulen. Vielleicht können Sie das noch mal ausführen, das ist jetzt ein bisschen zu kurz gekommen.

Zu den Ausfallhonoraren: Erst mal möchte ich hier prinzipiell – ich habe ja schon mehrfach nachgefragt – meine Meinung dazu sagen. Es gibt ja wohl das Problem – vielleicht können Sie sagen, ob Sie diese Einschätzung teilen –, dass es prinzipiell Arbeitsverträge gibt, die jede einzelne Musikschullehrkraft mit dem entsprechenden Bezirk hat, und in diesen Arbeitsverträgen ist nach meiner Kenntnis immer 100 Prozent Ausfallhonorar vorgesehen. Inwiefern teilt der Senat die Einschätzung, dass das nicht eben wirklich durch eine politische Entscheidung gedeckt ist, dass wir hier gegenwärtig nicht in den Musikschulen Unterricht machen können, und dass in dem Zusammenhang auch in der AV geregelt ist, dass hier eine hundertprozentige Erstattung erfolgt, wenn die Honorarkraft es nicht selber zu verantworten hat, dass Unterricht ausfällt, und er, soweit ich weiß, innerhalb von drei Monaten nicht nachgeholt werden kann? Ich weiß um die Debatten in dem Zusammenhang, aber zumindest für mich ist die Position klar, dass das Land hier unterstützend weiter so verfahren sollte wie bisher. Da würde mich die Meinung von allen interessieren.

Zum Punkt Musikschule – Herr Stadtrat Steuckardt hatte das im Zusammenhang mit der Schulbauoffensive gesagt – würde mich interessieren, Herr Bezirksstadtrat: Haben Sie aus Ihrem Bezirk heraus beispielsweise eine Anmeldung beim Land Berlin gemacht, wenn neue Schulen geplant sind und Sie Bedarf haben, dort auch Musikschulräume zu schaffen, dass also mit dem Schulneubau sofort auch ein Teil der Musikschule an diesem Ort mitgeplant wird? Ich bin ja für die Koalition in der AG Schulbau, und ich weiß, dass wir von den Bezirken kaum konkrete Anmeldungen bekommen. Da würde mich auch interessieren, wie der Senat darüber informiert ist. – Vielleicht belasse ich es erst mal dabei und sage zu den anderen Sachen, zur Auswertung der Anhörung zur Diversitätsentwicklung und zum Rahmenplan bezirkliche Kulturarbeit nachher noch etwas.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Kittler! – Herr Dr. Juhnke, bitte schön!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Zunächst auch mein Dank an die Anzuhörenden und vielleicht auch stellvertretend an Sie der Dank für die großen Leistungen, die die Musikschulen gerade in dieser Zeit unter schwierigeren Bedingungen als sonst erbringen. In dem Zusammenhang habe ich einige Fragen, die sich auf Ihre Ausführungen beziehen, aber auch auf das, was in den Berichten zu lesen ist. Deswegen gehe ich das jetzt mal in der Reihenfolge durch, wie ich es notiert habe. Da ging es zum einen um das Thema Drittmittel. Es steht in dem Bericht, dass Drittmittel im Musikschulbereich eine untergeordnete Rolle spielen. Vielleicht können Sie erläutern – diejenigen, die sich mit der Thematik schon ein bisschen intensiver beschäftigt haben –, wo die Probleme da liegen oder was für Erfolgs-

geschichten es in dem Zusammenhang gibt. Vielleicht ist auch da das Thema Freundes- und Förderkreise ganz gut angebracht. Vielleicht kann Herr Berghäuser eine Aussage dazu machen, welche Auswirkungen aktuell auch auf die Arbeit dieser Institutionen durch die aktuelle Krise zu gewärtigen sind. Kann da vielleicht auch ein Ausblick gegeben werden?

Dann möchte ich vom Senat noch mal hören: Die Servicestelle für die bezirklichen Musikschulen ist ja mal diskutiert worden. Ich weiß jetzt nicht, wie der aktuelle Stand ist und welche Erfahrungen da bestehen. Das würde ich gern mal näher erläutert bekommen.

Dann an alle die Frage nach der Digitalisierung. Wir haben hier oft über die Frage diskutiert, was für eine Katalysatorwirkung Corona hier hat. In dem Zusammenhang ist sicherlich auch bei Ihnen noch mal stärker aufgeploppt, welcher Investitionsbedarf da besteht, wie es um die digitale Ausstattung steht und wie sie gegebenenfalls verbessert werden kann. Ich habe auch gelesen, dass es problematisch ist, dort Formate zu finden, wo Schüler und Lehrer zusammenkommen können. Wir reden hier über Latenzzeit usw. Da sind sie wohl unterschiedlich geeignet. Auch verschiedene andere Fragen spielen da eine Rolle. Gibt es da eine Kooperation, dass man technisch darüber nachdenkt: Was sind die geeignetsten Kommunikationsplattformen, die man gemeinsam nutzen, verbessern oder wie auch immer lizenzmäßig nutzen kann für digitale Lernformate?

Wir hatten in der Vergangenheit auch die Debatte über Leihinstrumente. Wie sieht es aus: Sind alle Schüler mit Tablets ausgestattet? Stehen die notwendigen Endgeräte zur Verfügung, die man dann haben muss, oder gibt es da auch die Idee, Leihtablets oder entsprechende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen?

Der Themenkomplex Räume hat hier auch schon Erwähnung gefunden – sicherlich eines der wesentlichen Themen. Mich würde generell die Abstimmung mit den Schulen interessieren. Es heißt, dass das sehr aufwendig sei. Was genau sind die Aufgaben, die da anstehen? Welche Auswirkungen hat zum Beispiel der Verlust eines ganzen Schulstandortes? Es ist ja auch diskutiert worden, dass das eingetreten ist. Wie kann man das kompensieren, oder welche besonderen Probleme stellen sich dann dort, beziehungsweise welche Kooperationsformen mit anderen Kulturinstitutionen wie der Staatsoper oder Ähnlichen sind möglich? Wir haben von verschiedenen Initiativen schon mal gehört.

Herr Steuckardt hat schon begonnen mit ein paar Vorschlägen, wie man diesen Raumbedarf nachhaltiger befriedigen kann. Welche Ideen und Anregungen haben die anderen, welche Dinge in einem wie auch immer gearteten musikschulgesetzlichen Rahmen geregelt werden sollten, um dem Thema etwas beizukommen?

Zum Schluss möchte ich noch auf die Frage „Personal und Personalentwicklung“ eingehen. Wir haben gehört, dass die Lehrkräftezahl stark angestiegen ist, auch die der hauptamtlichen. Ist in dem Zusammenhang auch der Bereich der Verwaltung mitgewachsen? Das wäre ja auch nicht ganz unwichtig für das reibungslose Vorgehen. Sie haben auch schon angesprochen, dass die Nachwuchsgewinnung nicht unproblematisch ist, was erstaunt, weil ja doch die Musikschulen gerade für viele, die im freien Bereich tätig sind, in der Vergangenheit immer eine Art von Stabilitätsanker gebildet haben, dass man sagt, man hat da seine Möglichkeit des Gelderwerbs und ist ansonsten irgendwo in einer Band oder einer anderen Einrichtung tätig.

Da soll es dort jetzt irgendwie problematisch sein, attraktives Personal zu bekommen. Welche Aktivitäten oder Strategien gibt es da?

Weil uns alle gerade ein Schreiben von Verdi zum Thema „Impfen von Musikschullehrern gegen Covid“ erreicht hat, wollte ich fragen, wie es da bei Ihnen aussieht, welche Erfahrungen damit gemacht wurden und ob zumindest denen, die im Präsenzunterricht tätig sind, mittelfristig ein Angebot gemacht werden kann oder schon gemacht werden konnte. – Das sind die wesentlichen Fragen. Danke schön!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Juhnke! – Herr Wesener ist an der Reihe.

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bedanke mich auch bei den drei Anzuhörenden, nicht nur für ihre heutigen Ausführungen, sondern auch für das, was sie allgemein für die Berliner Musikschulen als relevanten Teil der kulturellen Grundversorgung in dieser Stadt leisten. Ich freue mich, dass durchaus wahrgenommen wird, dass wir uns in diesen fünf Jahren bemüht haben und dass sich da etwas bewegt hat. Ich glaube, wir sind uns dennoch sehr einig, dass ein Großteil der Strecke noch vor uns liegt und das unter Rahmenbedingungen, die ja nicht einfacher geworden sind, Stichwort: Pandemie. Darauf zielen auch meine Fragen ab.

Um es vorweg zu sagen: Nehmen Sie es mir nicht krumm, es ist vielleicht auch die eine oder andere kritische Rückfrage dabei, denn meine Lehre aus 20 Jahren Bezirks- und Landespolitik gerade im Kulturbereich ist: Nur gemeinsam kriegen wir Sachen hin. Also das berühmte Sankt-Florians-Prinzip bzw. der Weg, nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Verantwortlichen da immer zwischen den Ebenen hin- und herzuschicken, bringt herzlich wenig. Da müssen Landes- und Bezirkspolitik zusammengreifen.

Deswegen, Herr Steuckardt, habe ich auch ein paar Fragen zum Thema Räume. Erst mal finde ich es sehr gut, dass Sie diesen Punkt genannt haben. Der treibt uns um. Wir brauchen nicht viel über Angebotsstunden und Personal zu reden, wenn die Räume gar nicht zur Verfügung stehen.

An einigen Stellen bin ich dann doch ein bisschen gestolpert. Das fängt an mit dem Thema Schule. Mit Verlaub: Eine Vermietung unter Wert etc. ist ja ein Thema. Da muss man in der Tat überlegen: Geht man an die LHO ran? usw. usf. Aber um Musikschulen als öffentliches Angebot zu ermöglichen, nach der Kernschulzeit in Schulgebäuden zu tagen, dafür brauche ich kein Kultur- oder Musikförderungsgesetz. Die Bezirke sind Schulträger, und da glaube ich schon, dass ein Gespräch zwischen Ihnen und den Kollegen im Bezirksamt sehr viel fruchtbarer ist, als wenn wir jetzt hier anfangen, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Lange Rede, kurzer Sinn: Ich erwarte einfach, dass die Bezirke so was klären. Und da kommen Sie mir bitte auch nicht mit einer KLR oder mit irgendwelchen Personalstellen, sonst komme ich morgen bei Ihnen vorbei und rechne Ihnen jede einzelne Personalstelle vor, die im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg nicht besetzt ist. In der KLR würde sich das auch gut machen, wenn hier zwei Bereiche zusammen versuchen, Raumprobleme zu lösen, und es nicht separat behandeln. Also da ist einfach die Rückfrage: Ist das nicht eine Geschichte, wo man auch auf Bezirksebene eine Verbesserung hinbekommen würde?

Total recht gebe ich Ihnen in Bezug auf das Thema „Schulneubau und -erweiterung“. Da nur der Hinweis: Das ist eigentlich seit fünf Jahren klar, Herr Steuckardt! Die BSO kann auch Erweiterungen für Musikschulen integrieren. Wir haben das sehr intensiv diskutiert. Frau Kittler ist eine derjenigen, die das gebetsmühlenartig bei der Schulverwaltung angebracht hat, ich bei der Finanzverwaltung. Es ist zugesichert, dass beispielsweise auch in der seriellen Bauweise Erweiterungen im Sinne von Aufstockungen möglich sind usw. usf. Die Finanzverwaltung stellt eine einzige Bedingung. Sie sagt nämlich: Natürlich ist dieser ergänzende Teil der BSO nicht ausfinanziert, denn die BSO ist die BSO. Sprich: Da müssen die Bezirke auch selber Bemühungen unternehmen, die entsprechenden Finanzmittel an Land zu ziehen.

Jetzt wissen wir beide: Die Bezirke haben es nicht auf der hohen Kante. Mit einigen Bezirken, Tempelhof-Schöneberg zum Beispiel, könnten wir auch mal über die Guthaben reden, machen wir jetzt lieber nicht. Aber was ich zumindest erwarte, ist, dass es in der bezirklichen I-Planung angemeldet ist, Herr Steuckardt! Es muss doch von Bezirksebene den Vorsatz geben, hier zusätzliche Räumlichkeiten zu schaffen, und wenn Sie das noch nicht mal als Bedarf markieren – und ich kann Ihnen die bezirklichen I-Planungen zum Teil vorlegen, wo genau diese Leerstelle existiert –, etwa weil sich die Kolleginnen und Kollegen in den Bezirksämtern gegen andere Interessen nicht durchsetzen konnten, dann haben wir gemeinsam einen schlechten Stand als Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker im Bezirk und im Land.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch! Ich weiß, wir setzen hier finanziell einen Rahmen über die Globalsummensystematik, auch investiv – überhaupt kein Vertun, ich bin wirklich der Letzte, der hier Verantwortung von sich schieben will. Aber es gibt Dinge – und das fängt bei der Bedarfsmeldung an –, die in den Bezirken als dann doch letzten Endes autonomen politischen Einheiten zumindest entschieden werden müssen, denn von alleine kommen weder die Räume noch das Personal, sondern da braucht es schon diese gemeinsame Haltung. Sie haben uns an Ihrer Seite, aber noch mal: Die Bezirke müssen dafür ihren Job machen.

Dann noch mal zum Thema Personal: Da mache ich mir auch Sorgen, denn Sie haben uns jetzt viele Botschaften mit auf den Weg gegeben, wo ich Ihnen als Parlamentarier ganz klar sage: Das kann ich Ihnen gar nicht versprechen. – Natürlich können wir die Globalsumme erhöhen, und natürlich können wir, wie wir es zweimal gemacht haben, in den Haushalten auch festhalten, dass Aufstockungen in diesem Bereich den bezirklichen Musikschulen zugutekommen, aber damit sind unsere Möglichkeiten als Parlamentarierinnen und Parlamentarier schon erschöpft. Alles andere – und das wissen Sie – läuft in der AG Ressourcensteuerung, das sind auch Verteilungskonflikte innerhalb der Bezirke usw. usf., und es ist eine Frage an den Senat. Ich möchte in der Tat nicht, dass hier irgendwas von dem Erreichten zurückgedreht wird, und wenn ich mir die aktuelle geplante Zuweisung von SenFin im Teilplafond Personal angucke, dann kann ich nur sagen: Das wird eine ziemlich wilde Diskussion in den nächsten Monaten, denn da wird nicht nur wieder mal mit einer stattlichen PMA für die Bezirke gerechnet. Wir sind ja insgesamt, was den öffentlichen Haushalt angeht, bei Personalkosten von 10 Milliarden Euro. Das haben wir im letzten Jahr fast ausgeschöpft. Da sagt SenFin jetzt, es soll weniger werden, zumindest für die Bezirke. Das ist zumindest der aktuelle Stand der Dinge.

Wir haben ja diverse Anliegen, auch im Kulturbereich, es ist ja nicht nur die Musikschule, wir haben das Bibliotheksthema, über das sprechen wir noch mal ausführlich.

Ich nutze die Gelegenheit, um einen Schlenker mit den Jugendkunstschulen zu machen: Da liegt vieles noch vor uns, was wir bei den Musikschulen schon teilweise erreicht haben. Wenn ich mir den Bericht zur bezirklichen Kulturarbeit angucke, dann muss man wirklich sagen: Bei den Jugendkunstschulen ist noch viel zu tun, wenn man wirklich von einer kommunalen Aufgabe reden will. Wir haben, glaube ich, vier Jugendkunstschulen, die überhaupt kein Verwaltungspersonal haben, sondern wo das nebenher von den Abgeordneten bzw. Projektträgern organisiert wird; bei anderen sind es VZÄ-Anteile von 0,5 Prozent. – Ich will damit nur sagen: Musikschule ist wichtig, aber es gibt auch im Bereich der bezirklichen, kommunalen Kulturarbeit ein paar andere Bereiche, wo dringend nicht zuletzt personell verstärkt werden muss. Ich glaube, klar ist, dass das nicht auf Kosten einzelner Bereiche gehen soll, sondern wir müssen als Kulturpolitiker und -politikerinnen natürlich versuchen, in den Bezirken wie im Land den Kuchen größer zu machen. Momentan sieht es nicht so aus – Stichwort: Teilplanfond Personal. – Deshalb der dringende Appell, hier gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Ich will noch einen Aspekt im Zusammenhang mit Musikschulen und dem Personal ansprechen: Personal ist das eine, und Räume sind, wie ich schon gesagt habe, auch wichtig. Letzten Endes kommt es auf die Angebotsstunden bzw. die Unterrichtseinheiten an. Das Ziel sollten wir nicht aus dem Blick verlieren: Das ist de facto das, was an Musikunterricht stattfindet, und da finde ich es nicht befriedigend – das sage ich ganz deutlich Richtung Bezirke –, wenn ich hier ein Gap im Bereich der Unterrichtseinheiten pro 100 Bürger und Bürgerinnen zwischen Steglitz-Zehlendorf mit 43,2 Einheiten und Marzahn-Hellersdorf mit 18,8 habe. Ich finde es völlig in Ordnung, wenn Bezirke unterschiedliche Schwerpunkte setzen und wenn im Kulturbereich unterschiedlich akzentuiert wird. Reinickendorf beispielsweise steht beim Thema Jugendkunstschule bekanntlich ganz anders da; das finde ich völlig legitim, genauso wie unterschiedliche Profile von Musikschulen. Aber ich finde, es kann nicht vom Wohnort abhängen, wie gut eine Musikschulversorgung ist, und das sind ja Abweichungen um mehr als Hälfte. Da müssen sich die Kolleginnen und Kollegen in einzelnen Bezirken schon fragen lassen, warum sie es unter den Rahmenbedingungen, die wir in den letzten fünf Jahren geschaffen haben und wo es anders als in der Vergangenheit nicht zurück, sondern finanziell und personell nach vorne gegangen ist, nicht hinbekommen, zumindest auf einen vernünftigen Durchschnitt zu kommen, was die Unterrichtseinheiten angeht. Diese 18,8 in Marzahn-Hellersdorf haben mich nachhaltig schockiert, und ich bedaure, dass die Kollegin Frau Witt nicht hier ist; ich glaube, ich werde sie diesbezüglich noch anschreiben.

Ich mache noch einen einzigen Punkt, dann bin ich wirklich am Ende, und das ist das Thema Corona: Zu den Honoraren hat die Kollegin Kittler vieles gesagt. Ich füge hinzu: Ich verstehe diesen ganzen Konflikt in einer Situation nicht, wo wir froh sein können, dass wir die Möglichkeit haben, Betroffenen in dieser Corona-Krise zu helfen. Wir haben das Geld im Haushalt, was die Honorare angeht. Das ist nichts, was wir zusätzlich organisieren müssen – die 100 Prozent; ich rede von den Ausfallhonoraren –, und warum wir jetzt sagen, dass sie das nicht kriegen und sich stattdessen auf welche Soforthilfe auch immer bewerben sollen, das ist nachgerade absurd. Aber das müssen wir nicht der Kulturverwaltung, sondern den Kolleginnen und Kollegen von der Finanzverwaltung sagen. Ich bin da Partei und sage allerdings ehrlicherweise: Ich glaube, dass es in Zukunft andere Regelungen brauchen wird, was Ausführungsvorschrift und Co. angeht, und auch, was Ausfallhonorare betrifft. Diejenigen, die in diese Debatte und in die neue AV involviert sind, auf die wir seit einem Jahr warten und von der ich nur hoffen kann, dass wir auch dieses Projekt bis zum September abgeschlossen

haben, werden wissen, dass man da zweierlei auseinanderhalten muss: die jetzige Situation und das, was man vor dem Hintergrund rentenrechtlicher Problematiken usw. usf. grundsätzlich regeln muss.

Ansonsten eine Frage an Frau Breitsprecher, weil mich das sehr umtreibt: Sie haben gerade berichtet, was wir aus vielen Bereichen hören. Das betrifft Studierende in künstlerischen Fächern, Künstlerinnen und Künstler, Kunstschaffende. Es gibt in der Tat viele, die sagen: Wir können nicht mehr, und wir hören ganz auf. Wir hängen den Beruf an den Nagel. – Gerade die, die, in Anführungszeichen, nur in Teilzeit – das trifft ja auch auf viele Honorarkräfte zu – künstlerischen Berufen nachgehen, sind vielfach an einem Punkt, wo sie sagen: Es ist einfach vorbei, das Ganze hat keine Zukunft. – Das treibt mich sehr um, weil wir – das klang vorhin auch an – diese Menschen im Musikschulbereich brauchen. Wir wollen selbstredend, dass sie ihren erlernten Beruf weiter ausüben und das unter besseren, adäquaten Bedingungen.

Was können wir tun, um diese Menschen zu ermutigen, trotz der schwierigen Situation weiter durchzuhalten? Was braucht es vielleicht an weiteren Signalen, seien sie materieller Natur – ich glaube, da ist diese Debatte um die Ausfallhonorare frustrierend genug für viele Kolleginnen und Kollegen –, aber auch jenseits dieser materiellen Dimension an Signalen oder politischen Entscheidungen? Vielleicht können Sie uns dafür etwas auf den Weg geben. Dafür wäre ich sehr dankbar. – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Wesener! Einmal mehr möchte ich an meinen Eingangshinweis erinnern, dass sich die Kolleginnen und Kollegen kurzfassen sollen. Es passiert ausgerechnet immer bei Ihnen, Herr Wesener, ich weiß auch nicht, warum. – Herr Dr. Neuendorf hat das Wort, bitte schön!

Dr. Dieter Neuendorf (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bedanke mich recht herzlich bei den Anzuhörenden und speziell bei den Musikschulen für ihre Arbeit in dieser sehr strapaziösen Zeit mit vielen Entbehrungen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Anteil der Festangestellten auf 20 Prozent und dann auf 25 Prozent erhöht wird. Nun gab es historisch bedingt Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Stadtbezirken. Wie ist der aktuelle Zustand? Hat sich das in der Zwischenzeit angeglichen?

Meine nächste Frage: Ist die Umwandlung von Honorarbeschäftigung in Festanstellung gelungen? – Hier gab es vorab Befürchtungen, dass langfristig Tätige durch Externe und Jüngere ersetzt werden. Auch gab es Befürchtungen hinsichtlich der Einstufung von langjährig tätigen Lehrkräften.

Die nächste Frage zum Personal: Derzeit sind ungefähr 260 Musiklehrkräfte älter als 60 Jahre, und die müssen vor dem Hintergrund ersetzt werden, dass wir eine wachsende Stadt haben und die Anforderungen hier immer größer sind. Wie wird das gelingen? Inwieweit beziehen Sie auch Quereinsteiger ein? Nach meinem Wissen sind fast 100 Quereinsteiger seit 2016 integriert worden. Wie sehen Sie da die Perspektive?

Meine nächste Frage knüpft an das Problem des Nachwuchskräftemangels auch hinsichtlich der Musikpädagogik an: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie noch ein paar Worte zur Kooperation zwischen den Musikschulen und den Hochschulen und speziell zu den Abstimmungen in Hinsicht auf die Gewinnung von musikpädagogischem Nachwuchs sagen könnten. – Dann ist

mir bekannt, dass es eine Arbeitsgruppe „Studienvorbereitende Ausbildung“ als AG des Musikschulbeirats gibt. Dazu hätte ich gerne ein paar Erläuterungen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Neuendorf! – Dann habe ich keine weiteren Wortmeldungen, und wir kommen zur Beantwortung der vielen Fragen. – Herr Steuckardt, Sie haben als Erster das Wort, bitte schön!

Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt (BA Tempelhof-Schöneberg) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank! – Ich würde mit der Frage von Frau Kittler nach dem HOWOGE-Modell beginnen: Es ist so, dass wir da Bedarfe angemeldet haben, und es gab dann einen ganz konkreten Standort in Mariendorf in der Eisenacher Straße. Das war dann so, dass wir das schon vor geraumer Zeit angemeldet und irgendwann im letzten Jahr den Hinweis bekommen haben, dass wir jetzt unsere Bedarfe konkretisieren müssen. Das haben wir sehr gern und sehr schnell umgesetzt, aber dann war genau die Frage der Finanzierung: Wie können wir das am Ende in den Bezirkshaushalt integrieren? – Es wurde dann nach langwierigen Gesprächen eine Möglichkeit gefunden, das über mehrere Jahre aus nichtverbauten Investitionsmitteln umzusetzen.

Aber der Weg dahin war sehr lang und davon gezeichnet, dass insbesondere die Senatsschulverwaltung immer intensiver darauf gedrungen hat, doch hier mit den Planungen beginnen zu können, und so ist dann am Ende der Anbau für Musikschule und für Volkshochschule an dieser Stelle gescheitert. Wir hoffen, dass wir das an anderen Schulstandorten umsetzen können, und aus meiner Sicht war die Energie, die wir dort reingesteckt haben, nicht verschenkt, sondern gut investiert. Aber an der Stelle hat es leider nur zu einem geringen Erfolg geführt, einem geringen Erfolg deswegen, weil tatsächlich unsere Bedarfe für die Nachnutzung zumindest ein Stück weit in den Planungen berücksichtigt wurden.

Was ich vorhin angedeutet habe, nämlich Lagerräume für Instrumente, Zugänglichkeit, sodass das gegebenenfalls in den Abendstunden dann auch von den anderen Gebäudeteilen abgesperrt werden kann. Das war ein Erfolg, aber eben nur ein sehr kleiner, und das hat eben mit dem bis dato für uns zumindest nicht geklärten Finanzierungsvorgang zu tun.

Dann möchte ich auf die Investitionsplanung eingehen: Die Investitionsplanung ist am Ende ein vielbeschriebenes Papier, es muss aber auch umgesetzt werden. Ich denke da – Herr Schweikhardt ist in der Leitung – an unser Haus im Kleistpark. Da fehlt ein Flügel seit dem Krieg, und mit dem Flügel fehlt auch die barrierefreie Zugänglichkeit. Dieser Anbau steht schon so lange in der Investitionsplanung und wird immer wieder auf den spätmöglichen Zeitraum verschoben. Deswegen nutzt es aus meiner Sicht wenig, neue Projekte anzumelden, wenn nicht mal bestehende Projekte, wo die Dringlichkeit erkannt ist und von allen bejaht wird, in irgendeiner Art und Weise umgesetzt werden können. Deswegen werbe ich mit Nachdruck dafür, dass solche Dinge angegangen werden.

Das ist auch der Punkt, weswegen mir an einer solchen gesetzlichen Festschreibung so gelegen ist, dass wir da auch ein bisschen mehr Nachdruck haben, weil es natürlich innerhalb der Bezirke Konkurrenzkampf gibt. Und wenn man sagt: „Ich muss jetzt neue Schulen bauen, weil der Bedarf da ist, sonst kann ich am Ende die Grundschüler und -schülerinnen oder Gymnasiasten nicht beschulen kann“, dann haben Sie als Kulturstadtrat einfach schlechte Karten, weil jeder sagt: Das ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe, die müssen wir unbedingt erfüllen. – Es hat immer noch so den Anstrich: Das Kulturelle als Annex, es ist was Schönes,

es ist etwas Gutes. Wenn wir es uns leisten können, machen wir es auch und machen es auch gerne, aber die anderen Dinge gehen vor. – Das ist eine Debatte, die Sie immer und immer wieder haben. – Das wäre erst mal meine Kurz-Antwort darauf.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Steuckardt! – Frau Breitsprecher, Sie sind die Nächste, bitte schön!

Annette Breitsprecher (Mitglied Berliner Musikschulbeirat) [zugeschaltet]: Ich picke die Frage von Daniel Wesener heraus, weil sie direkt an mich ging und ich dazu wahrscheinlich am direktesten etwas sagen kann. Die Frage war: Was braucht es gegen den Motivationszusammenhang? – Vorhin habe ich es schon gesagt: Im Augenblick ist es ganz konkret die zu lange Schließung. Wenn wir es mit der Synchronisierung mit der Schule schaffen würden, dann wäre dieses psychologische Zurückgestellt-Sein – unser Tun ist nichts oder nicht so viel wert wie das, was die anderen machen – behoben, und damit wäre, glaube ich, schon sehr viel gewonnen, wenn man wieder Unterricht hätte, und dann, sei's drum, kommt es noch mal zu einem Lockdown. Aber man hatte die Kinder zwischendurch wieder und kann auf etwas aufsetzen. – Das ist das eine.

Das andere ist, dass dieses Gefeilsche um die Honorarerhöhung von vielen als sehr unwürdig erlebt wurde, und wenn man in prekären Bereichen unterwegs ist, macht es verdammt viel aus, ob es 25 Prozent mehr oder weniger sind. Schon in der normalen AV ist sowieso die Regelung acht Wochen später – das ist so, daran kann man nichts ändern, das ist okay –, aber es geht darum, dass das einfach einbezogen wird. Es fehlt, glaube ich, die Wahrnehmung dafür, wie prekär das Dasein dann bei solchen Entscheidungen ist, wenn die einfach so kurz mal vermittelt werden: Nein, doch nur 75, oder so!

Der dritte Punkt ist: Es ist toll mit dem Stellenaufwuchs. Aber da erleben viele, wenn ihnen Kollegen von auswärts vor die Nase gesetzt werden, dass das nicht einlöst, was im Koalitionsvertrag stand, wo das auch eine Begründung für die Verbesserung der prekären Lage der Honorarkräfte in Berlin. Da müsste man vielleicht übereinkommen, dass das – wenn man es hoffentlich hinkriegt; das muss von der Richtung unbedingt weitergehen –, wenn man Stellenbesetzungen macht, tatsächlich zunächst mal den Leuten zugutekommt, die seit Jahren zu sehr viel schlechteren Bedingungen gearbeitet haben, und dann auch, dass die nach 33 Jahren Musikschultätigkeit nicht in Erfahrungsstufe 1 eingruppiert werden. Das löst ein Gefühl von „Richtig ernst genommen fühle ich mich mit der ganzen Kompetenz nicht!“ aus. – Also wenn man daran noch mal stricken könnte, wäre es auch gut.

Mein Eindruck ist – aber ich habe keine Umfragen unter allen Musikschullehrkräften machen können –: Das Dringendste wäre jetzt, einfach aufzumachen, mit allen Hygienekonzept-einschränkungen usw., aber aufzumachen, und wenn man meinetwegen Wechselmodelle fährt, damit es leerer ist oder was auch immer. Aber wieder Möglichkeiten geben, in direkten Kontakt mit den Menschen zu kommen! – Danke schön!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Breitsprecher! – Herr Berghäuser, bitte schön!

Chris Berghäuser (Vorsitzender des Bündnisses zur Förderung der öffentlichen Berliner Musikschulen e. V.; Leiter Musikschule Pankow) [zugeschaltet]: Ich versuche, es ganz

schnell zu machen, obwohl auf dem Zettel sehr viel steht. Ich fange damit an, etwas zu den Kooperationen mit den Grundschulen zu sagen: Da ist der Ansatz und der große Wille da, flächen-deckend zu kooperieren, das heißt, nach Möglichkeit mit allen Grundschulen im Land zu kooperieren. Dann meint man es ernst. Dieses Punktuelle ist wunderbar und findet auch statt. Aber davon sind einfach nicht alle Kinder in diesem Bundesland betroffen und profitieren davon, und deswegen ist das die Ausrichtung. Dann ist das immer noch relativ hochschwellig, weil wir für die Kooperationen Entgelte nehmen müssen, und das ist nicht für jeden leistbar. – Das in aller Kürze; das Thema ist natürlich viel komplexer.

Bei den Konzepten für die Sekundärschulen macht es sich fest an einem Betreuungsschlüssel für den Nachmittagsbereich; als die Sekundärschulen auf den Weg gebracht wurden, ist das gleich mit festgelegt worden. Da gibt es viel Nachbesserungsbedarf, aber immerhin gibt es dafür einen festen Topf, der für diese Arbeit bereitsteht und abgerufen werden kann, und so etwas wünschen wir uns auch für die Grundschulen.

Drittmittel: Drittmittel sind schön. Sie machen einen enormen Aufwand, das kann man machen. Es ist aber immer obendrauf, und das wird auch getan. Da haben wir diese Projektmittel „Kultur macht stark“, Bundesmittel. Das ist ein toller Topf, der für sehr wichtige Arbeit im Kiez in Bildungsgemeinschaften angegriffen wird. Allerdings richtet der sich ausschließlich an benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Das heißt, das ist wichtig, aber es ist auf eine ganz bestimmte Zielgruppe festgemacht. Und Drittmittel sind irgendwann immer zu Ende. Wichtig ist, dass das irgendwann in die Nachhaltigkeit geht, weil Musikschulen nachhaltig arbeiten. Das ist der ganze Sinn der Geschichte. Das ist keine reine Freizeitbeschäftigung, sondern es wird Bildungsarbeit gemacht, und das braucht Planungssicherheit und Nachhaltigkeit.

Fördervereine – total wichtig, vor allem das bürgerschaftliche Engagement. Die helfen, wo sie können, aber es geht vor allem um die Unterstützung von Ensembles, hier und da mal ein Instrument reparieren lassen. Damit können wir keine Haushaltslücken schließen. Das ist leider über Fördervereine nicht möglich und auch da gar nicht nachhaltig.

Digitales: Da weiß ich gar nicht, wo ich anfangen soll. Ich glaube, das Wichtigste ist erst mal schnelles Internet. Ohne schnelles Internet braucht man über andere Dinge gar nicht zu sprechen. Feste eigene Gebäude und Musikschulräume für die Musikschulen: Dann kann man dort eine vernünftige Infrastruktur schaffen. Es in der Vielfalt der nachgenutzten Räume hinzukriegen, das ist ja schon eine Herkulesaufgabe alleine und kann nur punktuell geschehen.

Ansonsten Plattformen da zu entwickeln: Es gibt viele Hersteller, die da dran sind. Aber die Daten müssen immer noch von A nach B kommen, und das braucht seine Zeit. Wer das erfindet, dass es keine Zeit mehr benötigt, Daten zu verschicken, der gewinnt wahrscheinlich zehn Nobelpreise.

Bereitschaft zum Online-Unterricht, darauf hinzuweisen, ist mir wichtig: Es gibt sehr viele Eltern oder Familien, die das nicht wollen. Ich meine, manche können es auch nicht. Das gibt es auch, und da kann man immer versuchen zu helfen. Aber grundsätzlich ist ja auch nicht die Bereitschaft vorhanden, das Internet für solche Angebote zu nutzen. Und man kann sagen, was man will: Annette Breitsprecher hat sehr deutlich gemacht, dass das nur eine Übergangs-

lösung sein kann. Das kann mal funktionieren, um über eine gewisse Strecke zu kommen. Aber eine ernsthafte Alternative für den Unterricht ist es gar nicht.

Zur Personalentwicklung: Da spielt die Anerkennung der Erfahrungsstufen eine große Rolle, und es fehlt an einer klaren Vorgabe und Ausnahmeregelung für die Berliner Musikschulen außerhalb des Tarifs. Was im Tarifvertrag steht, ist möglicherweise sehr sinnvoll, aber hier, für diese politische Willenssetzung zur Umwandlung von Honorarkräften in Festanstellung völlig unbrauchbar, weil die jahrzehntelange Tätigkeit – – Wir wollen ja die besten und erfahrensten Lehrkräfte haben. Das ist dann doch eine sehr große Geringschätzung, und das meint ja auch keiner so. Da ist es einfach der Verweis auf den Tarifvertrag, und das geht halt nicht, und die Haushälter müssen sich daran halten. Da braucht es eigentlich eine klare Linie, so ähnlich, wie es bei der allgemeinbildenden Schule vor ein paar Jahren auch war, dass da einfach mal angesetzt und gesagt wurde: Da wird mindestens die Erfahrungsstufe 3 oder 4 angesetzt, damit diese Lehrkräfte die Chance haben, in ihrem Berufsleben noch eine höhere Erfahrungsstufe zu erreichen.

Sonst ist es im Übrigen auch unattraktiv gegenüber der Honorartätigkeit. Und wir können nicht die Coronazeit nehmen und uns nicht auf die Not der vielen Kolleginnen und Kollegen zurückziehen, die nicht mehr auf der Bühne stehen können und denen da praktisch ein Rieseneinkommen wegfällt. Wir hoffen ja alle, dass diese Zeit vorübergeht, und dann ist die Musikschule nur ein Teil der Arbeit. Für die, die das hauptamtlich machen und die wirklich eng zum Kollegium in den Musikschulen gehören, müssen die Erfahrungszeiten entsprechend ausgestellt werden.

Nachwuchskräfte: Da bezog ich mich vor allen Dingen auf den elementaren musikpädagogischen Bereich, und dafür braucht es eine sehr zielgerichtete Ausbildung. Das ist etwas ganz anderes als Klavier- oder Blockflötenunterricht im Einzelunterricht oder was immer, sondern das ist schon ein ganz anderes Aufgabenfeld. Dafür gibt es eigene Studiengänge, und die Studiengänge – damit kommen wir zur Kooperation mit den Hochschulen – sind viel zu knapp bemessen. Die meisten Kunst- und Musikhochschulen haben die Pädagogik auf das Notwendigste zurückgefahren, die UdK in Berlin dankenswerterweise noch nicht. Aber die Ausbildungsplätze dort sind so knapp bemessen, dass sie damit vielleicht eine Musikschule versorgen könnten, wenn nicht alle auf einmal weg sind, aber auf gar keinen Fall ein Bundesland wie Berlin. Das wird nicht funktionieren. Wir brauchen also an dieser Stelle eine starke Unterstützung für die Hochschularbeit, damit die Ausbildungsplätze dort geschaffen werden. Die Curricula sind da, man könnte sofort einsteigen. – Ja, das war doch schnell.

Vorsitzende Sabine Bangert: Das war wunderbar schnell, Herr Berghäuser! – Herr Wesener, haben Sie eine Rückfrage an Herrn Berghäuser? – Nicht, okay. – Dann ist jetzt Herr Dr. Wöhlert dran; es waren ja auch einige Fragen an den Senat. – Bitte schön!

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Ich versuche, das meiste davon zu beantworten. – Zum Appell von Frau Finger – [Zuruf: Sie meinen Frau Breitsprecher!] –, Synchronität mit der Schule, was die Öffnungen betrifft: Ich kann diesen Appell der Synchronität nachvollziehen, und vielleicht klappt es ja mit den nächsten Verordnungen, dass man eine gewisse Synchronität herstellt. Ich verstehe auch, dass Sie als Pädagogin für Aufmachen sind. Es gibt aber auch andere Meinungen, die sagen, man hätte die Schulen insgesamt vielleicht bis Monatsende nicht aufmachen sollen. Gut, den Konflikt können wir nicht wegdisku-

tieren. Das Argument mit der Synchronität kann ich nachvollziehen, und ich habe eine gewisse Hoffnung, dass wir uns der Synchronität mit der nächsten Regelung annähern.

Die erwähnte Servicestelle: Der Senatsbeschluss ist bei uns fast fertig, wird dann in den Senat gehen und danach den Rat der Bürgermeister erreichen, dort beraten werden und danach noch mal in den Senat gehen, und dann werden wir das Problem – – Ich weiß gar nicht; gucke mich gerade um: Dann noch mal ins Abgeordnetenhaus? – Wahrscheinlich nicht? Doch! Herr Wesener schüttelt den Kopf. Ich weiß nicht, wir werden sehen. Also ich gehe davon, dass wir das in dieser Legislaturperiode noch gebacken kriegen, so dass diese Servicestelle kommen kann. Die finanzielle Grundlage dafür ist jedenfalls in dem Doppelhaushalt gelegt.

Wie das von Frau Kittler angesprochene Problem der KLR zu lösen ist, kann ich an dieser Stelle nicht sagen – durch die Kulturverwaltung ganz sicher nicht. Ich sehe das Problem, wenn Sachen weniger stattfinden und Unterricht ausfällt und das dann die Grundlage für die Budgetierung in den kommenden Jahren ist. Ja, dann kriegen wir an der Stelle ein Problem. Man braucht nur vier Grundrechenarten, um das verstehen zu können. Ob da der Senat nachsteuern kann, weiß ich nicht. Ob das unter Umständen mit Globalsummenzuweisungen in einem künftigen Haushalt nach der Pandemie so einfach werden wird, da mache ich auch ein Fragezeichen. Oder ob das etwas ist, das man innerhalb der Globalsummen der Bezirke regeln muss, da wäre ich überfragt. Das ist, glaube ich, etwas, das man in den Haushaltsberatungen zwischen den Fachpolitikern und den Haushaltsexperten regeln muss.

Weil Frau Kittler es gefragt hat: Wenn Musikschulen in Bezirken zusätzliche Raumbedarfe anmelden oder nicht anmelden, dann erfahren wir davon in aller Regel nichts. Wir sind da auch nicht gefragt. Wir sagen dazu weder ja noch nein; das müssen die Schulen und Bezirke bitte selber wissen und regeln. Wenn es im Rahmen der Schulbauoffensive Zugänge gäbe, dann wären wir dafür. Was wir machen, ist, bei unseren Kollegen von SenStadt auf diese Verbindung hinzuweisen und zu sagen: Okay, wenn ihr schon baut, kann man mal eine Etage mehr für eine andere Nutzung bauen! – Dabei war, um der Wahrheit die Ehre zu geben, von Anfang an die klare Ansage: Wir legen euch die Platte, wir legen euch vielleicht noch die Leitungen nach oben, aber der Aufbau selber dann wäre Bezirkssache. – Das ist jedenfalls der Stand, den ich bis jetzt im Rahmen der Schulbauoffensive kenne, und im Rahmen dessen müssen sich dann – das ist sicherlich ein schwieriger Prozess innerhalb der einzelnen Bezirke – Prioritäten ausbilden. Da kann es passieren, dass ein Sportplatz kommt und ein Musikschulraum nicht. Das ist dann, glaube ich, eine souveräne Entscheidung in den Bezirken.

Ich bin komplett bei Frau Finger und anderen – [Zuruf: Frau Breitsprecher hat das gesagt!] – hinsichtlich der Erfahrungsstufen: Es kann echt nicht sein, dass eine Honorarkraft, die 30 Jahre in der Musikschule ist und dann, wenn sie festangestellt ist und in den öffentlichen Dienst kommt, mit der Erfahrungsstufe 1 behandelt wird. Aber ich glaube, das Problem lösen nicht der Senat und das Parlament, das lösen die Tarifpartner, und die kennen Sie ja auch. Dann müsste man entsprechende Appelle an die eigenen Leute der Gewerkschaften und der Arbeitgeberseite richten, dass man dieses Problem innerhalb des Tarifs regeln muss. Ich sehe nicht, wie das ein Senat oder ein Abgeordnetenhaus am geschlossenen Tarif vorbei regeln können wollte. Das ist blöd, und das ist auch nicht einzusehen, und dass das demotivierend ist, verstehe ich völlig. Wir haben das in einigen anderen Bereichen auch, wo man sagt: „Dieser Mensch ist doch total qualifiziert“, aber nach irgendwelchen Regeln des TV-L oder TVöD rutscht dieser Mensch dann, obwohl er wirklich qualifiziert ist, in die Erfahrungsstufe 1. Da

sagen die natürlich: Da komme ich doch nicht. – Also wenn wir wirklich qualifiziertes Personal gewinnen wollen, dann ist das ein Weg, es nicht zu kriegen.

Skeptisch bin ich allerdings wirklich – obwohl ich weiß, dass das ein Konflikt ist –, wenn man jetzt Stellenausschreibungen so machen wollte, dass es heißt: „Aber hier darf sich nur der und der und der bewerben“ und man quasi auswärtige Bewerber von einer Stellenausschreibung so lange fernhält, bis das eigene Honorarpersonal eingestellt ist. Wie Sie das rechtlich sauber hinkriegen wollen, da wäre ich gespannt. Ich glaube, das funktioniert nicht. Das ist der Pferdefuß bei der Geschichte, und man kann das in den Ausschreibungen regeln, indem man sagt: Stelleninhaber oder Quasi-Stelleninhaber bewirbt sich auch. – Da gibt man nach außen das Signal, dass es Bewerber gibt, die von innen kommen. Aber Sie werden das, jedenfalls nach meiner Erfahrung, nicht geregelt kriegen, indem man solche Bewerbungen einfach als Closed Shop macht.

AV-Honorare: Der Konflikt ist da und sowohl von Herrn Wesener als auch von allen anderen Beteiligten richtig beschrieben worden. Er hat politisch keine Lösung gefunden. Ich habe das Gefühl, er findet irgendwann eine juristische. – So weit.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Wöhlert! – Frau Kittler, bitte!

Regina Kittler (LINKE): Ich habe bloß eine kurze Nachfrage zu einem anderen Bereich: Wir haben 1,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um in allen Gebieten von Berlin die sogenannten weißen Flecken in der Kulturlandschaft in allen Bezirken zu kulturell bunten Flecken zu machen. Das betrifft ja insbesondere die Erreichbarkeit von Kulturangeboten fußläufig oder per Fahrrad oder so, also praktisch in der Nähe der Wohnorte, und trifft ja dann auch besonders auf Kinder zu, also Kindertheater beispielsweise: Wie ist der Senat hier vorangekommen?

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Kittler! – Herr Wesener, bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Erst mal wollte ich zu Protokoll geben, dass sich Frau Finger bestimmt freut, dass ihr in Abwesenheit immer recht gegeben wird. Das passiert mir auch ständig, Torsten! Das hat aber einen guten Grund, und damit kann ich den Bogen schlagen, denn Frau Finger ist eine derjenigen, die es in den vergangenen Jahren geschafft hat, der Politik einzubläuen, was im Musikschulbereich nottut. Es ist nicht so, um das auch mal deutlich zu sagen, dass sich die Politik auf einmal eines Besseren besonnen hat, sondern wir haben es mit einer sehr erfolgreichen Kampagne des Landesmusikrats, der bezirklichen Musikschulen und ihrer Aktiven zu tun, von Eltern bis Dozentinnen und Dozenten, und für mich ist das auch ein kleines Paradebeispiel, wie Politik an der Schnittstelle von Zivilgesellschaft und Verwaltung respektive Parlament und Exekutive funktionieren kann.

Ich habe mich noch mal gemeldet, weil mir es ein wirkliches Anliegen ist, dass das, was in den letzten fünf Jahren passiert ist, gesichert wird und weitergeht. Das ist nicht selbstverständlich. Ich kenne die neueste Zielsetzung vom Landesmusikrat, die da heißt 80 Prozent Festangestellte. Ich mache mal ein kleines Fragezeichen daran, weil ich unheimlich viele Honorarkräfte kenne, die sagen: Wir finden es gar nicht so schlecht, als Honorarkräfte arbeiten zu können. – Die gibt es ja auch. Ich will dennoch nicht lange rumstreiten, ich sage nur ganz ehrlich, dass die 80 Prozent ambitioniert sind, wenn ich mir die gegenwärtige Situation angucke. Umso wichtiger ist es, glaube ich, die Ziele nebeneinander zu legen und zu gucken, wo man an einem Strang ziehen kann und wo man vor allem erfolgreich ist in den Interessenkonflikten, die es nun mal gibt, die es gerade auch in Krisenzeiten gibt, als Konkurrenzen im Sinne von unterschiedlichen Prioritäten.

Herr Steuckardt! Ich will Ihnen das einfach noch mal spiegeln. Diese Argumentation von Ihnen funktioniert im parlamentarischen Raum nicht, auch für mich als Haushälter nicht. Das fängt mit der I-Planung an. Sie haben völlig recht, auch die Investitions- und Finanzplanung des Landes hat viele Posten, wo man sich fragt, wann die kommen und ob die jemals kommen, aber sie haben einen Vorteil, Herr Steuckardt: Man kann nämlich anfangen, die Maßnahmen zu beplanen. Das können Sie sonst als Verwaltung nicht. Wenn Sie eine I-Planung haben, dann können Sie zumindest schon mal anfangen zu planen. Das ist ein riesiger Vorteil, gerade wenn sich Möglichkeitsfenster wie eine BSO etc. öffnen. Da, wo es im Rahmen der Schulbauoffensive gelungen ist, zusätzliche Plätze von Volkshochschulen bis Musikschulen zu schaffen, waren das ältere Projekte, die schon beplant waren, wo der Bedarf ermittelt war usw.

Das andere: Ich habe mir die Zahlen noch mal aufgerufen. Bleiben wir mal bei Tempelhof-Schöneberg. Sie haben Rücklagen. Wenn ich den Guthabenstand zum 1. Januar 2020 zusammenzähle mit den Übertrag aus 2019, dann liegen Sie bei über 50 Millionen Euro Guthaben in Tempelhof-Schöneberg, im Wesentlichen nicht verausgabte bezirkliche Investitionsmittel. Ich weiß, das haben Sie nicht auf der hohen Kante. Ich weiß auch: Das können Sie nicht mal eben umswitchen, denn das ist alles gebunden, aber meine Kolleginnen und Kollegen Haushälter bzw. Haushälterinnen lachen mich aus, wenn ich komme und sage: Es braucht endlich mal mehr Geld für Tempelhof-Schöneberg, damit die mal ein paar Musikschulplätze planen können. – Ich spiegle Ihnen das in dem Wunsch und mit der Bitte, dass man hier guckt, dass alle Seiten so weit ihren Job machen, dass man eine echte Chance hat, wenn es an die Fleischtöpfe geht. Was wir im Rahmen der nächsten Globalsumme hinbekommen, wird man sehen.

Ich habe noch einen zweiten und letzten Punkt, weil ich glaube, dass das eine Debatte ist, die wir noch mal führen müssen. Der Landesmusikrat und auch Sie, Herr Steuckardt, haben das eben noch mal starkgemacht. Sie trommeln für ein Kulturfördergesetz. Einige sagen auch, wenn es nicht klappt, würde ein Musikfördergesetz reichen. Ich habe das deswegen angesprochen, weil eben auch noch mal von Ihnen, Herr Steuckardt, suggeriert wurde: Wenn wir das hätten, wäre das alles kein Problem. – Ich bin deswegen so ambivalent, denn ich sehe sehr viele gute Gründe, ein Kulturfördergesetz anzustreben. Ich bin auch für diese Debatte sehr dankbar. Ich glaube, sie ist wichtig. Sie ist symbolpolitisch wichtig, aber im besten Fall gibt es auch echte, konkrete Fortschritte aufgrund einer gesetzlichen Fixierung. Ich habe vorhin bei den Räumen gesagt, die Frage der Überlassung unter Wert analog zum Sportfördergesetz ist so ein Beispiel.

An einer Stelle bin ich skeptisch, und das ist das Versprechen, das Sie gerade gemacht haben. Ich glaube nicht, dass ein Musik- oder ein Kulturfördergesetz einen einzigen sicheren Cent mehr für die bezirklichen Musikschulen bedeutet, weil es uns auch auf diesem Weg nicht gelingen wird, Kultur zu einer gesetzlichen Pflichtaufgabe zu machen. Kein Kulturfördergesetz, auch das in Nordrhein-Westfalen nicht, sieht das vor, im Gegenteil. Dort wird überall der allgemeine Haushaltsvorbehalt vorgesehen. Da würde mich interessieren, warum Sie das anders sehen, warum Sie glauben, dass das der Weg ist, um hier eine Art Pflichtaufgabe zu definieren, wo dann Finanzierungsansprüche gegenüber dem Land erwachsen. Ich fände das schön, damit wir uns nicht missverstehen. Ich sehe nur nicht, wie man das seriöserweise versprechen kann, und deswegen die Bitte, mich an der Stelle zu erhellen. – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Wesener! – Herr Dr. Juhnke, bitte schön!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Danke! – Bei dem, was Herr Wesener gesagt hat, möchte ich nur darauf verweisen, dass wir diesen Punkt auch in Zusammenhang mit unserem Antrag hier irgendwann diskutieren werden. Ich möchte aber vor allem auf die Ausführungen von Herrn Wöhlert eingehen, der kurz den Stand innerhalb des Senats hinsichtlich der Servicestelle erläuterte. Mir ging es eher darum, zu erfahren, wie die Debatte jetzt verläuft. Sie haben geschildert, dass es offensichtlich problematisch ist oder es noch einen gewissen Beratungsbedarf gibt. Wo hätten Sie denn sein wollen, beziehungsweise woran hat es gehapert, dass Sie diese Vorlagen offensichtlich noch hin und her schicken müssen, und welche Debatten oder welchen Diskussionsstand gibt es jetzt noch dafür aufzuarbeiten?

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Juhnke! – Herr Dr. Neuendorf!

Dr. Dieter Neuendorf (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe nur eine ganz kurze, ergänzende Frage zu meinen vorhergehenden Fragen. Im Bereich der Studienvorbereitenden Ausbildung wird regelmäßig eine größere Zahl an Schülerinnen und Schülern unterrichtet, die dann zu ungefähr 20 Prozent, 25 Prozent ein Musikstudium aufnehmen. Welche Wünsche haben Sie diesbezüglich? Kann die Politik hinsichtlich der Rahmenbedingungen helfen?

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Neuendorf! – Herr Jahnke, bitte schön!

Frank Jahnke (SPD): Ich wollte mich zum einen wegen der Ausführungen des Staatssekretärs kurz melden zu der Frage, ob man Erfahrungsstufen bei solchen öffentlichen Einstellungen nicht anders berücksichtigen kann, und zu dem Hinweis, dass es sich hier letzten Endes

um die Frage von Tarifvertragsparteien handelt. Aber nun kann man doch in dem Fall wirklich sagen, dass wir hier als Senat, als Land Berlin nicht so machtlos der Arbeitgeberseite gegenüberstehen, als wäre das der Bundesverband Deutscher Arbeitgeber, auf den wir keinen Einfluss haben, sondern wir sind der Arbeitgeberseite in diesem Punkt doch ein Stück näher und haben vielleicht etwas mehr Einfluss darauf. Den würde ich bitten auch auszunutzen.

Ein zweiter Punkt noch mal in Richtung des Kollegen Daniel Wesener zum Kulturfördergesetz: Es ist völlig richtig, dass wir es sicherlich nicht schaffen, hier eine staatliche Pflichtaufgabe zu definieren. Dass Kultur eine Aufgabe des Landes Berlin ist, steht tatsächlich in der Landesverfassung drin. Trotzdem unterstütze ich das Vorhaben des Landesmusikrats und anderer Institutionen für ein Kulturfördergesetz in Berlin. Der Grund ist, dass wir damit die Kulturförderung in einem explizit eigenen Gesetz regeln, wo die Aufgaben genauer festgelegt werden, wo die Ziele genauer festgelegt werden als bloß in einem Verfassungssatz. Das darf dann natürlich nicht so werden wie der Gesetzentwurf, den uns Herr Juhnke neulich vorgelegt hat, wo man so eine Art Dachgesetz schafft nach dem Motto des Sozialgesetzbuchs, dass man lauter Untergesetze unter einem Titel subsumiert. Das würde sicherlich wenig helfen, aber wenn man ein Kulturfördergesetz nach den Kriterien, wie es in der Schrift des Landesmusikrates gefordert wird, hinbekäme – – Das werden wir wahrscheinlich in dieser Legislaturperiode realistischerweise nicht schaffen, aber als politische Forderung unterstütze ich das, und das wird auch von der SPD insgesamt unterstützt.

Vorsitzende Sabine Bangert: Ich gebe den Hinweis, dass die Debatte um das Kulturfördergesetz heute nicht auf der Tagesordnung steht. Das können wir gern aufrufen, wenn der Antrag der CDU hier erörtert wird. – Jetzt hatte sich noch Frau Kittler gemeldet, und ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir in zehn Minuten für eine halbe Stunde unterbrechen müssen.

Regina Kittler (LINKE): Ich möchte bloß etwas richtigstellen. Hier ist gerade von meinem sehr geschätzten Kollegen Daniel Wesener gesagt worden, dass es ganz viele Lehrkräfte in den Musikschulen gibt, die keine Festanstellung wollen. Das stimmt nicht. Verdi hat unter den Lehrkräften der Musikschulen eine repräsentative Umfrage gemacht. 80 Prozent von ihnen wollen eine Festanstellung, 20 Prozent wollen sie nicht, weil sie noch woanders arbeiten. Ich wollte das bloß nicht im Raum stehenlassen.

Vorsitzende Sabine Bangert: Gut, damit steht es nicht mehr im Raum. Frau Breitsprecher hatte sich noch mal gemeldet, und ich würde dann Herrn Steuckardt und Herrn Berghäuser auch noch mal Gelegenheit geben zu reden. – Bitte, Frau Breitsprecher!

Annette Breitsprecher (Mitglied Berliner Musikschulbeirat) [zugeschaltet]: Das hat sich insofern erledigt, als Frau Kittler geradezu wörtlich das getan hat, was ich sonst getan hätte. Ich würde einfach darum bitten, diese Legende nicht immer wieder auszupacken. – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Breitsprecher! – Herr Steuckardt! Wollen Sie noch etwas zu Ihrem Gesagten hinzufügen?

Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt (BA Tempelhof-Schöneberg) [zugeschaltet]: Ja, unbedingt, weil ich direkt angesprochen wurde, und ich mache es sehr schnell. – Herr Wesener! In die Investitionsplanung kommen Sie als bezirklicher Kulturstadtrat, wenn Sie Pech haben, gar nicht rein, weil eben nur eine Summe x zu verplanen ist, und wenn der Bezirk sagt: „Wir

planen realistisch, und da ist das nicht mit drin“, dann fallen Sie hinten runter. Sogar dann, wenn Sie drinstehen – deswegen habe ich das eine Beispiel mit dem Haus am Kleistpark gebracht –, nützt es Ihnen auch nichts, denn Sie werden immer und immer wieder nach hinten durchgeschoben. Deswegen fände ich eine gesetzliche Regelung, die uns in der Argumentation unterstützt – das ist noch kein Euro mehr –, sehr wünschenswert.

In so einem Gesetz können Sie durchaus auch die Nachnutzung von Schulen regeln, dass da die öffentlichen Musikschulen Vorrang genießen vor beispielsweise privaten Musikschulen oder anderen Vereinen und Bildungsträgern, die gegebenenfalls auch diesen Platz für sich beanspruchen. Sie haben mich eingeladen, um aus der Praxis zu berichten, und das ist das, was uns in der Praxis beschäftigt. Da können Sie – auch ... [akustisch unverständlich] tut das – mit jedem einzelnen Schulleiter oder jeder einzelnen Schulleiterin eine intensive Debatte führen. Das ist kräftezehrend, und vor allen Dingen machen Sie das Jahr für Jahr wieder. Auch das bindet unheimlich Arbeitskraft, und deswegen würden wir uns da über jede Unterstützung freuen.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Steuckardt! – Herr Berghäuser, bitte schön!

Chris Berghäuser (Vorsitzender des Bündnisses zur Förderung der öffentlichen Berliner Musikschulen e. V.; Leiter Musikschule Pankow) [zugeschaltet]: Ich will das Stichwort „80 Prozent Festanstellung“ aufgreifen, aber gleichzeitig versuchen, die Nachfrage zu SVA – Studienvorbereitender Ausbildung – als Chance damit zu verbinden. Die Zahl 80 Prozent kommt nicht nur daher, dass man prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen will, sondern es geht auf der anderen Seite auch um klare Berufsbilder und Berufschancen. Das ist ein Zustand von Musikschulen, der im Bundesgebiet relativ normal ist und im Ausland ohnehin, dass man in solchen Lehrbetrieben mit festangestelltem Personal arbeitet.

Jetzt zurück zur Studienvorbereitenden Ausbildung: Wenn Sie jungen Menschen eine Perspektive eröffnen können, dass es ein Berufsfeld gibt, in dem sie eine sehr wichtige Arbeit tun können und in dem es für sie ganz persönlich eine Perspektive auf ein gesichertes, anständiges und familientaugliches Einkommen geht, dann können Sie in der Studienvorbereitenden Ausbildung ganz konkret beraten. Die Schülerinnen und Schüler, die wir für geeignet halten – – Das ist auch ein gewisser Punkt, wo wir sagen: Wir kennen die Schülerinnen und Schüler, die irgendwie das Lehrergeld haben. Das brauchen sie irgendwie. – Dann können wir steuern, dann können wir an dieser Stelle helfen, und dann ist das eine riesige Chance, gerade in der Zusammenarbeit mit der Hochschule, um darauf zurückzukommen, dort mehr Studienplätze zu schaffen. Das ergibt alles Sinn, wenn Sie sagen: Hinterher gibt es hier aussichtsreiche Chancen, in diesem Beruf zu arbeiten und diesen Beruf an weitere Generationen weiterzugeben. – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Berghäuser! – Es gab noch eine Frage von Frau Kittler an Herrn Staatssekretär Dr. Wöhlert, die weißen Flecken betreffend.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Frau Vorsitzende! Es waren sogar zwei Fragen, eine noch von Herrn Juhnke nach den Servicestellen, die ich gleich beantworten will. Das hat deshalb etwas länger gedauert als geplant, weil man sich mit den Bezirken über zwei Fragen verständigen musste, einmal: Wofür genau ist diese Servicestelle Servicestelle? Also, welcher Service ist sinnvoll zentral zu machen? – Und die zweite ist: Wo soll sie ange-

siedelt sein? – Da gab es mehrere Runden mit den Bezirksstadträten und auf Amtsleiterenebene, eine notwendige inhaltliche Auseinandersetzung. Die hat stattgefunden, und jetzt sind wir im Verfahren.

Die weißen Flecken, das ist ein Thema, das im Bezirkskulturbericht kurz angerissen wird. Es geht dabei um Mittel, die das Abgeordnetenhaus bereitgestellt hat, um vor allen Dingen im Kinder- und Jugendtheaterbereich bei sogenannten weißen Flecken zu intervenieren, wo entweder kein Angebot da ist oder wo das Angebot zu weit weg ist, also wo Kinder wohnen, die ganz wenig mit Kinder- und Jugendtheatern in Berührung kommen. Wir haben diese Mittel, diese knapp 1,2 Millionen Euro, in der Coronakrise vorwiegend dafür genutzt, sie in zwei Förderprogramme zu stecken. Das eine war zur Förderung von kleineren Spielorten in den Bezirken, die normalerweise in unserem jurierten System nicht vorkommen bzw. durch den Rost fallen, und das zweite in einem antragsmäßig unaufwendigen Stipendienprogramm vor allen Dingen für Soloselbständige im Bereich Kinder- und Jugendtheater. Das sind in der Mehrzahl Puppenspielerinnen und Puppenspieler gewesen, die sich auf ein Stipendium bewerben konnten.

Beide Programme sind in 2020 gelaufen, und dafür sind die Mittel verplant worden. Beide Programme werden wir auf Anraten und Intervention aus der Szene auch in 2021 so ausgeben, um ab 2022 mit den Bezirken zusammen zu versuchen, in diesen weißen Flecken zu intervenieren. Das wird hausintern die Aufgabe von Herrn Schmock-Bathe sein. Es geht also dann direkt an die Ausschüttung in die Bezirke, und wir sind jetzt dabei, mit den Bezirken darüber zu sprechen, welche Art von Richtlinien es sein soll oder was genau mit diesen Finanzmitteln in diesem Bereich – aber das ist spezifisch für Kinder- und Jugendtheater – gefördert werden kann und was nicht.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Wöhlert! – Vielen herzlichen Dank unseren Gästen, Herrn Steuckardt, Frau Breitsprecher und Herrn Berghäuser! Sie sehen, uns beschäftigt das Thema Musikschulen sehr, und ich glaube, wir werden nicht das letzte Mal darüber gesprochen haben. Passen Sie auf, und bleiben Sie gesund!

Wir halten als Ergebnis fest, dass wir die Besprechung zu Tagesordnungspunkt 3 a) vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann, und dass wir die Besprechung zu Tagesordnungspunkt 3 b) abschließen. Die Mitteilungen – Drucksache 18/1883 Neu und Drucksache 18/3455 – unter 3 c) und 3 d) werden zur Kenntnis genommen, und deren Besprechung wird abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses

Rote Nummer 3194

Finanzplanung von Berlin 2020 bis 2024

hier nur: Anlage Investitionsprogramm des Landes

Berlin für die Jahre 2020 bis 2024 (s. nach S. 73)

[0217](#)

Kult

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---------------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Die Zukunft des Museumsdorfs Düppel:
Betriebskonzept und Mehrfunktionsgebäude
(auf Antrag der AfD-Fraktion) | 0157
Kult |
| b) | Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/2033
Endlich das notwendige Mehrfunktionsgebäude im
Museumsdorf Düppel errichten! | 0160
Kult
Haupt |

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.